



**global vernetzt
lokal aktiv im
Entwicklungsland
Hessen**

Impressum

global vernetzt lokal aktiv im Entwicklungsland Hessen.
Initiativ/en für globale Nachhaltigkeit

Herausgeber

Entwicklungspolitisches Netzwerk Hessen (EPN Hessen) e.V.
Vilbeler Str. 36 | 60313 Frankfurt/M.
Tel: 069-91395170 | info@epn-hessen.de | www.epn-hessen.de

in Kooperation mit

Engagement Global gGmbH
Außenstelle Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland



Mit Mitteln des



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

Für die Inhalte dieser Publikation ist allein EPN Hessen e.V. verantwortlich; die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von Engagement Global gGmbH oder dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wieder.

Redaktion

Oliver Fourier, Chris Herrwig, Andrea Jung, Vincent da Silva

Gestaltung & Layout

Institut für Gebrauchsgrafik, Frankfurt/M.

Druck

Umweltdruckerei Lokay e.K. (EMAS III-validierter Betrieb)
Umweltfreundlich gedruckt auf 100% Recyclingpapier.
Ökofarben auf Basis nachwachsender Rohstoffe und kobaltfrei.

1. Auflage: August 2018: 3.000 Stk.

Copyright

Die Rechte für die Fotos liegen bei bzw. werden von der Initiative verantwortet, die auf der jeweiligen Seite vorgestellt wird. Ausnahmen gelten für die Seiten, die nachfolgend aufgeführt werden. S. 11 (Grafik): Statista 2018 | S. 14: Jugend-Bildung-Hilfe in Bolivien e.V. / Centro Ecológico Juvenil Sucre | S. 18: theteam25 (bit.ly/2MuCPdB) [Lizenz: CC-BY-SA-2.0 (bit.ly/1dMkpTr)] | S. 22: Bildungskollektiv kopfstand e.V. | S. 27: Initiative Solidarische Welt e.V. / Weltladen Marburg & La Fundación Entre Mujeres (FEM) | S. 30: Jürgen Schuschke (bit.ly/2CUzrb) [Lizenz: CC BY-SA 3.0 (bit.ly/1pawxfE)] | S. 35: NourEnergy e.V. | S.39: Arbeitsloseninitiative Gießen e.V. (ALI) | S. 43: gramm.genau GmbH | S. 51: Project Shelter Frankfurt | S. 54: Freies Werk auf pexels.com (bit.ly/20kc0u9) [Lizenz: CC0 (bit.ly/2x9lalG)] | S. 58: Veronika Wallner (bit.ly/2p7Y77A) [Lizenz: CC BY-NC 2.0 (bit.ly/1jNlqZo)] | S. 62: Verein für Internationalismus und Kommunikation e.V. | S. 69, o.l.: Peter Plappert (Archiv WeltGarten) | S. 70: Usien (bit.ly/2Qulpzz) [Lizenz: CC BY-SA 3.0 (bit.ly/1pawxfE)]

Wir bedanken uns bei allen teilnehmenden Initiativen für die Bereitstellung des Materials.

Inhalt

Vorwort	4
Transformation unserer Welt: die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung. Ein Überblick	6
1 Keine Armut	10
2 Kein Hunger	14
3 Gesundheit und Wohlergehen	18
4 Hochwertige Bildung	22
5 Geschlechtergleichheit	26
6 Sauberes Wasser und Sanitäreinrichtungen	30
7 Bezahlbare und saubere Energie	34
8 Menschenwürdige Arbeit & Wirtschaftswachstum	38
9 Industrie, Innovation und Infrastruktur	42
10 Weniger Ungleichheiten	46
11 Nachhaltige Städte und Gemeinden	50
12 Nachhaltige/r Konsum und Produktion	54
13 Maßnahmen zum Klimaschutz	58
14 Leben unter Wasser	62
15 Leben an Land	66
16 Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen	70
17 Partnerschaften zur Erreichung der Ziele	74
Netzwerke für globale Nachhaltigkeit	78
Ausblick und offene Baustellen. Ein Nachwort	80
Zum Weiterlesen	83

Liebe Leser*innen,

im Herbst 2015 verabschiedeten die Vereinten Nationen die Agenda 2030 »Transformation unserer Welt: die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung« mit ihren 17 global nachhaltigen Entwicklungszielen (Sustainable Development Goals, kurz SDGs). In der Präambel zur Agenda 2030 spiegeln sich sowohl die Einsicht in die Unmöglichkeit des »weiter so wie gehabt«, wie auch das Wissen um zu erwartende Widerstände. Sie spiegelt aber auch den Willen wider, sich allen Herausforderungen zum Trotz auf diesen schwierigen aber alternativlosen Weg zu machen.

Die Agenda 2030 und die Nachhaltigkeitsziele sind eine Vereinbarung zwischen Staaten, die ohne die aktive Beteiligung und Einmischung der Bevölkerungen in all diesen Ländern nicht zu erfüllen ist. Bereits in die Erarbeitung der Agenda und ihrer Ziele haben zivilgesellschaftliche Organisationen und Aktivist*innen aus der ganzen Welt mit viel Engagement ihre Sachkenntnis und ihre Forderungen eingebracht. Für ihre Umsetzung braucht es nicht nur Visionen einer besseren Welt, sondern auch eine offene Auseinandersetzung mit bestehenden Problemen sowie die konstruktive Suche nach Lösungen im breiten gesellschaftlichen Dialog.

Visionen zu Taten!

Die Menschheit von Armut und Not befreien, kühne Schritte des Wandels, die niemanden zurücklassen und die alle – hochindustrialisierte Länder ebenso wie sogenannte Schwellen- und Entwicklungsländer – gemeinsam gehen müssen,

um die strukturellen Probleme in Nord wie Süd zu bearbeiten. Für die Transformation unserer Welt zu mehr Gerechtigkeit und Respekt vor Mensch und Natur muss Entwicklung global nachhaltig gedacht werden. Die 17 Entwicklungsziele definieren in sozialer, ökologischer wie auch wirtschaftlicher Dimension, wie diese Vision innerhalb der natürlichen Grenzen unseres Planeten bis 2030 erreicht werden soll. In dieser Transformationsperspektive sind alle Staaten als Entwicklungsländer zu begreifen, die ihr Wirtschafts- und Lebensmodell grundlegend verändern und Verantwortung für das gemeinsame Wohl übernehmen müssen. 193 Staaten haben die Agenda unterzeichnet und stehen nun in der Pflicht, sie auch zügig umzusetzen.

Widersprüche und Herausforderungen

Unser westliches, kapitalistisches Entwicklungsideal hat sich erfolgreich globalisiert. Es gibt kaum noch einen Ort auf dieser Welt, der nicht in die globalen Kommunikations-, Produktions- und Konsummuster eingebunden ist. Der Raum für lokale Besonderheiten, abweichende Lebensentwürfe und Vorstellungen davon, was Entwicklung und Glück sind oder sein könnten, wird immer enger. Dabei brauchen wir diese Gegenentwürfe dringender denn je! Soziale und ökonomische Instabilität, weltweit wachsende Ungleichheit, massive Umweltzerstörungen, existenzbedrohender Klimawandel: Unser auf Profitmaximierung ausgerichtetes Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell zeichnet für viele der aktuellen Krisen verantwortlich.

Der dringend benötigte tiefgreifende Wandel wird sich gegen Widerstände und bestehende Interessenskonflikte durchsetzen müssen. Damit dies gelingt, braucht es Entscheidungsträger*innen aus Politik und Wirtschaft, die sich ihrer globalen Verantwortung bewusst und zum entschlossenen Umsteuern bereit sind. Und es braucht möglichst viele Menschen, die willens und in der Lage sind, die massiven aktuellen Probleme zu verstehen und gemeinsam nach Lösungen zu suchen. Menschen, die im Hier und Heute und in Anerkennung der globalen Verwobenheit ihres Lebens mit konkretem Handeln dringend notwendige Veränderungen in Gang setzen.

Die Broschüre

In Hessens Städten und Regionen engagieren sich bereits zahlreiche zivilgesellschaftliche Initiativen und Vereine, die nicht nur von globaler Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit reden, sondern auch hier vor Ort konkrete Ideen und Antworten auf global wie lokal drängende Fragen finden wollen. Eine kleine Auswahl dieser Akteur*innen wird in dieser Broschüre portraitiert und ihr Engagement in die Agenda und ihre Nachhaltigkeitsziele »eingebettet«. Dazu haben wir die Initiativen einzelnen SDGs thematisch zugeordnet und diese jeweils vorab mit einem kurzen Steckbrief erklärt. An den Steckbrief anschließend werfen wir einen Blick auf den Stand der Bearbeitung und Umsetzung dieses SDGs in Hessen und verweisen auf die eine oder andere offene »lokale Baustelle der großen Transformation«.

Dieses Publikationsprojekt hätte ohne die tatkräftige Mitarbeit und Unterstützung vieler Köpfe und Hände nicht realisiert werden können. Unser besonderer Dank gilt den folgenden Personen und Organisationen: Chris Herrwig und Oliver Fourier, die als Kern des Redaktionsteams das Projekt über all die Monate mit viel Engagement begleitet und mit umgesetzt haben. Birgit Steck und Christina Berthold von Engagement Global in der Außenstelle in Mainz, die uns vom ersten Konzeptentwurf bis zur letzten Korrekturschleife mit großer Geduld, langem Atem und guten Anregungen zur Seite standen. Jörg Schmidt und Helena Wunderer vom Institut für Gebrauchsgrafik, für die sorgfältige und mitdenkende Gestaltung dieser Broschüre. Michael Rothkegel (BUND Hessen) und Maren Heincke (Zentrum für gesellschaftliche Verantwortung) für wertvolle Rückmeldungen und Korrekturen zu unseren Recherchen. Und vor allem danken wir natürlich den über 120 hessischen Initiativen, die auf unseren Aufruf reagiert und uns Einblick in ihre spannende Arbeit gewährt haben. Wir hoffen sehr, die vielen unter Ihnen, die wir nicht in die Broschüre aufnehmen konnten, auf anderem Wege noch sichtbar machen zu können.

Uns als Herausgeber*innen bleibt nun nur noch, Ihnen und euch eine anregende Lektüre zu wünschen. Wir freuen uns über Rückmeldungen.

Andrea Jung & Vincent da Silva

Entwicklungspolitisches Netzwerk Hessen (EPN Hessen) e.V.

Transformation unserer Welt: die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung

Blick zurück nach vorne

Die Diskussion um weltweite nachhaltige Entwicklung ist eigentlich schon viel älter als die Agenda 2030. Ihren Anfang nahm sie zu Beginn der 1990er Jahre. Nach dem Ende des Kalten Krieges begann die Weltgemeinschaft sich verstärkt Fragen nach dem Zustand und der Zukunft unserer Welt zu stellen. Im Jahre 1992 verabschiedete die UN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro die Agenda 21. Sie bekannte sich in ihrer Präambel bereits damals zu einer globalen Partnerschaft im Dienste der nachhaltigen Entwicklung und nahm damit alle Staaten der Erde in die Pflicht. Die Agenda 21 fand vor allem auf der kommunalen Ebene ihren Durchschlag, vielerorts wurden Agenda 21-Gruppen und -Büros gegründet. International wurde die Umsetzung der ambitionierten Agenda-Pläne u.a. durch die Auswirkungen der Schuldenkrise der 80er Jahre erschwert. Viele der sogenannten Schwellen- und Entwicklungsländer waren hoch verschuldet und mussten sich den neoliberal geprägten Strukturanpassungsprogrammen des Internationalen Währungsfonds (IWF) und

der Weltbank unterwerfen, um neue Kredite, Umschuldungen oder in Ausnahmefällen auch Schuldenerlass zu erhalten. Die Folgen waren vielfach ähnlich wie heute in Griechenland: drastischer Abbau staatlicher Sozialfürsorge- und Rentensysteme, Deregulierung des Arbeitsmarktes und des Binnenmarktes, fehlende Investitionen in die nationale Infrastruktur und damit einhergehend z.B. die massive Zunahme von Armut, Hunger, Krankheiten und Kinderarbeit. Vor diesem Hintergrund erklärt sich auch, weshalb sich die nachfolgende UN-Agenda von 2000 bis 2015 die sogenannten Millenniumsentwicklungsziele (MDG) setzte, die sich vor allem auf die Bekämpfung von Armut und Hunger sowie den Zugang zu Bildung in den Ländern des Südens konzentrierten. Die größten Erfolge in der Erreichung der MDGs resultieren hauptsächlich aus dem Aufstieg großer Schwellenländer wie Brasilien, Indien, Südafrika oder China (BRIC), die in den letzten 15 Jahren die eigene Produktivität massiv steigern und davon auch eigene Sozialprogramme auflegen konnten. Insgesamt hat der globale Süden gegenüber dem industrialisierten globalen Norden

an Macht gewonnen, während gleichzeitig die Ungleichheit zwischen und innerhalb der Länder immens zugenommen hat. Die transnationale Zivilgesellschaft ist breiter und besser vernetzt und konnte viel Expertise und Mobilisierungsfähigkeit dazugewinnen. Diese Veränderungen prägten auch den Entstehungsprozess der Agenda 2030.

Neue Potenziale nutzen

Die Agenda 2030 bietet den globalen Rahmen für Umwelt- und Entwicklungspolitik bis zum Jahr 2030. Sie umfasst eine Präambel, die Ausformulierung der 17 global nachhaltigen Entwicklungsziele (SDGs) sowie Kapitel zu den Umsetzungsmitteln, zur Überwachung des Umsetzungsprozesses und zur Berichtspflicht. Die Agenda orientiert sich an den unteilbaren Menschenrechten, betont die Rechte von Kindern, sieht Geschlechtergleichstellung als Querschnittsaufgabe und definiert fünf Themenbereiche nachhaltiger Entwicklung, die alle gleichermaßen berücksichtigt werden müssen: »People – Planet – Prosperity – Peace – Partnership«, d.h. Menschen, Erde, Wohlstand, Frieden und Partnerschaft. Die 17 Ziele mit ihren insgesamt 169 Unterzielen und Indikatoren sind dabei stark untereinander verwoben, universell gültig und müssen in allen Ländern umgesetzt werden. In ihnen drückt sich ein Verständnis von nachhaltiger Entwicklung aus, welches die sozialen, ökonomischen und ökologischen Dimensionen von Nachhaltigkeit konsequent zusammenbringt und damit wichtige Impulse für vernetztes und problemorientiertes Denken setzt. In der Politik wie auch in der Gesellschaft überwiegt nach wie vor das Denken und Handeln in klar definierten und abgegrenzten Themen- und Arbeitsfeldern. Damit die Transformation unserer Welt gelingen kann, müssen wir dieses Schubladenden-

ken überwinden und nach neuen Wegen suchen. Die globalen Nachhaltigkeitsziele können mit ihren Soll-Vorgaben hier als Orientierung dienen – auch wenn diese selbst keineswegs frei von Widersprüchen sind.

Widersprüche benennen und aushandeln

Einige der Ziele stehen im offenen Widerspruch untereinander wie auch zu anderen, internationalen wie nationalen Politiken. Etwa wenn in der Agenda »nachhaltiges Wachstum« innerhalb der planetarischen Grenzen gefordert wird. Oder wenn trotz der gemeinsamen Verpflichtung zur Friedensförderung nicht die Ausgaben zur Umsetzung der Agenda, sondern jene für Rüstung und Verteidigung weltweit massiv anwachsen. Problematisch ist auch, dass die Agenda 2030 und die Umsetzung der SDGs häufig in eher exklusiven Kreisen verhandelt werden und diese auch drei Jahre nach ihrer Verabschiedung nicht einmal 10 Prozent der hiesigen Bevölkerung bekannt sind.

Bund und Länder nutzen die Agenda, um ihre Nachhaltigkeitsstrategien und manchmal auch ihre entwicklungspolitischen Leitlinien an den SDGs auszurichten und den Erfolg anhand messbarer Indikatoren zu belegen. Solche Prozesse sind wichtig. Sie sind aber leider eher abstrakt und technisch und eignen sich kaum dazu, die Gesellschaft tatkräftig für den großen Wandel zu gewinnen. Positive Visionen mit Leben zu füllen und konkrete Möglichkeiten des Gestaltens und der Mitbestimmung aufzuzeigen ist aber gerade angesichts der weltweit zunehmenden Ungleichheiten, aber auch der hier vor Ort immer weiter auseinander driftenden Lebensrealitäten, um sich greifender Politikverdrossenheit und zunehmender nationalistischer Tendenzen wichtiger denn je.

Wir wünschen uns deshalb, dass die Agenda 2030 und die SDGs zukünftig noch viel stärker zum Anlass für möglichst breite und öffentliche Dialoge genommen werden und Räume geschaffen werden, in denen konstruktiv aber auch kontrovers und unbedingt über den eigenen Tellerrand sowie nationale Grenzen hinaus bestehende Widersprüche benannt sowie ernsthafte Diskussionen um bessere Ideen und Wege für einen wirklichen Wandel geführt werden.

Selbst aktiv werden

Der Zivilgesellschaft kommen hierbei mehrere Aufgaben zu: Sie tut gut daran, den Umsetzungsprozess aufmerksam zu verfolgen und zu protestieren, wenn die internationalen, nationalen, regionalen und lokalen Politiken dem Agenda-Prozess entgegenlaufen. Sie sollte sich die Ziele der Agenda aber auch selbstbewusst aneignen und global nachhaltige Entwicklung in ihren konkreten Projekten und Initiativen lokal umsetzen. Sie sollte sich aber gleichzeitig auch gegenüber Staat, Land und Gesellschaft für bessere Rahmenbedingungen für dieses lokale Engagement einsetzen. Als Vorreiterin eines global wie lokal vernetzten Denkens und Handelns kann sie zudem die große Transformation durch Vernetzung und Kooperationen zwischen unterschiedlichen Akteur*innen – Entwicklungs-, Menschenrechts- und Umweltorganisationen, Sozial- und Jugendverbänden, Gewerkschaften und Kirchen, u.a. – wirkungsvoll ›von unten‹ vorantreiben.

Die in dieser Broschüre versammelten Initiativen zeigen, dass sich notwendige Veränderungen mit viel, aber auch mit wenig Zeit, durch kleinere, rein ehrenamtliche Initiativen oder auch durch größere und zum Teil hauptamtliche Organisationen überall in Hessen voranbringen lassen. Viele dieser Initiativen und Organisationen haben sich durch unsere Anfrage nach Beiträgen für diese Broschüre zum ersten Mal mit den globalen Zielen beschäftigt und dabei festgestellt, dass die Agenda 2030 als umfassender und verbindender politischer Bezugsrahmen ihre Aktivitäten durchaus sinnstiftend orientiert, zuweilen auch neue Zusammenhänge aufzeigt und frische Impulse zu geben vermag. Besonders wichtig ist uns bei diesem Projekt, dass bei allem lokalen Engagement die globalen Dimensionen und Herausforderungen der großen Transformation im Blick behalten werden. Um global vernetzt – lokal aktiv und miteinander solidarisch den Wandel gestalten zu können, ist es außerdem wichtig, dass wir in Zukunft auch die Perspektiven, Erfahrungen und Kritiken aus dem globalen Süden noch stärker wahrnehmen und einbeziehen.

Wir laden nun dazu ein, die zahlreichen Initiativen, die entweder in Hessen oder im Rahmen ihrer Nord-Süd-Projektpartnerschaften beherzt und überzeugt an einer besseren Zukunft für alle mitarbeiten, auf den folgenden Seiten kennenzulernen – und wünschen dabei ›Aha-Effekte‹, die Mut machen und motivieren!



**Initiativ/en
für globale
Nachhaltigkeit**

Keine Armut

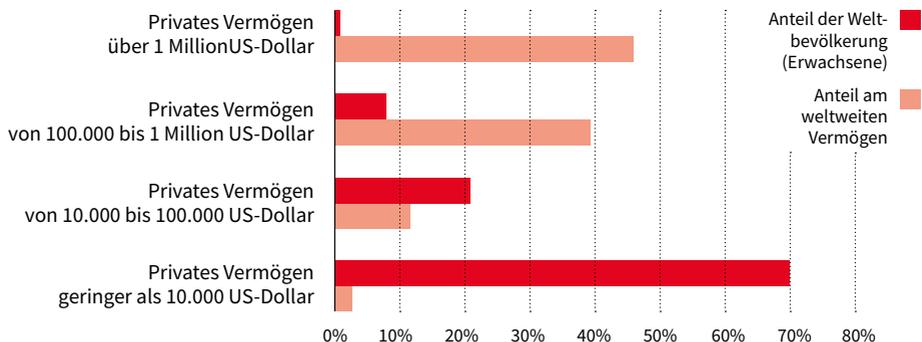
Armut zu beenden ist eine der größten Herausforderungen der Gegenwart. Ihre Folgen sind in unserer politisch und wirtschaftlich eng verflochtenen Welt überall zu spüren: Armut betrifft jede*n von uns. SDG 1 umfasst deshalb nicht nur die Überwindung absoluter Armut im Globalen Süden, sondern deren Beseitigung in all ihren Formen und überall. Auch wenn absolute Armut im weltweiten Durchschnitt abgenommen hat, stellt in der internationalen Politik die Bekämpfung von Armut immer noch eine übergeordnete Zielsetzung dar, um eine global nachhaltige Entwicklung zu erreichen.

Bis 2030 sollen unter anderen folgende Unterziele erreicht werden:

- Die extreme bzw. absolute Armut – also der Anteil der Menschen, die mit weniger als 1,25 US-Dollar pro Tag auskommen müssen – soll für alle Menschen überall auf der Welt beseitigt werden.

- Der Anteil der Kinder und Erwachsenen, die nach der Definition ihrer Heimatländer in Armut leben, soll mindestens um die Hälfte gesenkt werden.
- Den nationalen Gegebenheiten entsprechend sollen Sozialschutzsysteme und -maßnahmen für alle umgesetzt werden. Sie sollen einen Basisschutz sowie eine breite Versorgung der Armen und Schwachen beinhalten.
- Alle erwachsenen Menschen, insbesondere die Armen und Schwachen, sollen die gleichen Rechte auf wirtschaftliche und natürliche Ressourcen sowie Zugang zu grundlegenden Dienstleistungen, geeigneten Technologien und Finanzdienstleistungen haben.
- Auf der Grundlage armutsorientierter und geschlechtersensibler Entwicklungsstrategien sollen auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene politische Rahmen geschaffen werden, um Investitionen in Maßnahmen zur Armutsbekämpfung zu fördern.

Die Welt ist reich – an Armut: Verteilung des Reichtums auf der Welt im Jahr 2017





Was heißt das für Hessen?

Armut sollte in einem reichen Land wie Hessen eigentlich kein Thema sein, aber auch hier leben Menschen in sogenannter extremer beziehungsweise absoluter Armut. Relative Armut bedroht sogar jede siebte Person in Hessen. Diesen Menschen stehen weniger als 60 Prozent des Durchschnittseinkommens der Bevölkerung zur Verfügung. Die Quote ist bei jungen Menschen deutlich höher als bei älteren: Betroffen ist etwa jedes sechste Kind unter 18 sowie fast jede vierte Person zwischen 18 und 24 Jahren. Die Armutsgefährdungsquote in Hessen stieg zudem in den letzten Jahren deutlich an: Von 12 Prozent im Jahr 2007 auf über 15 Prozent in 2016.

Während im Landesozialbericht über die »erfolgreiche Sozialpolitik Hessens« berichtet wird, beklagt stellvertretend für viele Kritiker*innen Thomas Domnick, Vorstandsvorsitzender der Liga der freien Wohlfahrtspflege in Hessen e.V., dass »Kinder in so einem reichen Land mittlerweile ein Armutsrisiko für Familien und Alleinerziehende darstellen«. Sozialverbände fordern deshalb die Landesregierung auf, zielgerichtete Programme für sogenannte Risikogruppen wie Alleinerziehende oder Familien mit zwei und mehr Kindern, aber auch für Alte, Menschen mit Migrationshintergrund, Geflüchtete sowie generell Kinder und Jugendliche aufzulegen. Auch die strukturellen und gesetzlichen Gründe von Armut gilt es zu bekämpfen. Hierzu zählt beispielsweise die Aufhebung der Schuldenbremse.

Armut schließt von gesellschaftlicher Teilhabe aus und stellt damit auch eine Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Demokratie dar. Armut ist aber in seinen extremsten Formen vor allem als globales Problem zu begreifen, weshalb auch die entwicklungspolitische Partnerschaftsarbeit im Kampf gegen Armut unterstützt und ausgebaut werden muss.

MARGINALISIERUNG



Die offiziellen SDG-Texte sprechen oft von »Armen« und »Schwachen«. Diese Begriffe wirken oft so, als seien Menschen selbstverschuldet in diese Situation geraten. Insbesondere das Wort »Schwache« beschreibt selten den Zustand der damit beschriebenen Personen: Um ein Leben am Rande des Existenzminimums zu führen, braucht es viel Stärke. Der Begriff »marginalisiert« beschreibt, wie Menschen an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden und kämpfen müssen, um am wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Leben teilnehmen zu können.

1 GUTE BEISPIELE AUS HESSEN

HAIGER

LebensWERT e.V.

»Wir helfen Menschen«, »Gemeinsam statt einsam«, und »Wir sind für Sie da«: Am Marktplatz in Haiger am westlichen Rande Mittelhessens stehen einladende Worte an den Fenstern eines Cafés. In die hellen Räume lädt der Verein lebensWERT e.V. tagtäglich einsame, alte und notleidende Menschen ein. Beim Frühstückstreff, im Erzähl-Café, beim Treff für Schwangere und junge Eltern oder beim Café International mit Geflüchteten werden Menschen unterstützt, um am sozialen Leben teilnehmen zu können. Mittelpunkt ist dabei das lebensWERT-Café. Von hier aus werden Besuchsdienste organisiert, Menschen bei Spazier- oder Behördengängen begleitet oder auch einfach für Unterhaltung und gemeinsames Spielen gesorgt. Auch bei Einkäufen, Ärzt*innen- oder Gottesdienstbesuchen begleitet der Verein und entlastet so auch oft pflegende Angehörige. Über Kooperationen mit anderen sozialen Einrichtungen werden außerdem kostenfreie oder preiswerte Kleidung, Möbel, Hausrat, Spiele und Bücher vermittelt.



Vorstand Horst Weiß und Initiator Axel Hofeditz.

LebensWERT e.V. übernimmt somit wichtige Aufgaben bei der Versorgung von Menschen, die aus den verschiedensten Gründen wenig bis kein Geld zur Verfügung haben. Der Verein springt dort ein, wo staatliche Sozialschutzsysteme fehlen oder unzureichend sind. Er arbeitet damit schon seit vielen Jahren auf das SDG-Unterziel 1.3 zu, welches bis 2030 weltweit einen Basisschutz für Marginalisierte (siehe Kasten S. 11) anstrebt.

Kontakt:

www.lebenswert-hilfe.de



Das Cafe International ermöglicht Begegnung und Austausch.



Eine MATI-Mitarbeiterin klärt eine Dorfgemeinschaft in Bangladesch über Hygiene auf.

WIESBADEN / BANGLADESCH

MATI e.V. Deutschland / MATI Bangladesch

Bangladeschs Sektion der Organisation MATI eröffnet die Vorstellung ihrer Philosophie und Vision mit den starken Worten des Soziologen und Globalisierungskritikers Jean Ziegler: »Es kommt nicht darauf an, den Menschen der Dritten Welt mehr zu geben, sondern ihnen weniger zu stehlen«. Passend dazu schreiben sie sich auch »selbstbestimmte ländliche Entwicklung« auf die Fahnen.

Ein Ziel, welches auch die 1997 gegründete deutsche MATI-Vertretung mit Sitz in Wiesbaden unterstützt: Unter diesem Motto konzentrieren sich die beiden namensgleichen Partnerorganisationen in ihrer Projektarbeit auf zwei Distrikte im Norden Bangladeschs. Sie unterstützen die Menschen vor Ort dabei, ihre Lebensbedingungen zu verbessern: Sich ein Einkommen zu verschaffen, Bildung und Ausbildung zu erlangen sowie Zugang zu Gesundheitsversorgung zu haben. Ganz in Überein-

stimmung mit SDG 1, setzt sich MATI auch für das Recht der Menschen auf materielle Grundversorgung ein.

Die Aktiven sind sich dabei schon lange über die zahlreichen Verbindungen zwischen den verschiedenen Bereichen nachhaltiger Entwicklung bewusst. MATI weiß, dass Armut gemacht wird und fordert konsequenterweise ein Ende von Ausbeutung und Unterdrückung von Menschen im Globalen Süden sowie eine gerechte Verteilung des weltweiten Reichtums. Dies spiegelt eine Art des Denkens wider, bei der lokale Herausforderungen in globaler Perspektive in den Blick geraten und ganzheitliche Lösungen angestrebt werden. Eine Denkweise, wie sie auch den SDGs zugrunde liegt!

Kontakt:

www.matibangladesh.org

www.mati-net.de

Kein Hunger

Mit SDG 2 soll der Hunger beendet, Ernährungssicherheit und bessere Ernährung erreicht sowie nachhaltige Landwirtschaft gefördert werden. Die Zahl der unterernährten Menschen liegt weltweit immer noch bei knapp 800 Millionen und steigt in einigen Regionen der Welt sogar wieder an. Auch die Zahl der mangelernährten Menschen vergrößert sich weiterhin. Gleichzeitig nehmen sowohl Fehlernährung und krankhafte Fettleibigkeit wie auch die Verschwendung von Lebensmitteln weltweit zu. Die Forderung nach ausreichender, angemessener und gesunder Nahrung hat ebenso wenig an Bedeutung verloren wie die Forderung nach dem Schutz der kleinbäuerlichen Landwirtschaft, die nach wie vor die meisten Lebensmittel produziert.

Bis 2030 sollen unter anderen folgende Unterziele erreicht werden:

- Der Hunger soll beendet und der Zugang zu ausreichenden nährstoffreichen Nahrungsmitteln für alle sichergestellt werden.
- Die landwirtschaftliche Produktivität und das Einkommen kleiner Nahrungsmittelproduzent*innen (insbesondere Frauen, Angehörige indigener Völker, Familienbetriebe, Weidetierhalter, Fischer etc.) sollen sich verdoppeln. Erreicht werden soll dies durch den gleichberechtigten Zugang zu Böden, Produktionsmitteln, Wissen, Finanzierungsmöglichkeiten oder durch Unterstützung bei der Verarbeitung und Vermarktung ihrer Produkte.

Eine Schulklasse erhält eine Führung durch das Gewächshaus des Centro Ecológico Juvenil im Hochland von Bolivien.





- Bis 2020 soll die genetische Vielfalt von Saatgut, von Nutz- und Haustieren sowie von ihren wildlebenden Artverwandten durch den Aufbau von Samenbanken bewahrt und traditionelles Wissen gefördert werden.
- Investitionen in die ländliche Infrastruktur, die Agrarforschung und in landwirtschaftliche Beratungsdienste sollen z.B. durch mehr internationale Zusammenarbeit und den Abbau von Agrarsubventionen erhöht werden.

Was heißt das für Hessen?

Hunger wird auch im wirtschaftlichen starken Hessen zunehmend als gesellschaftliches Problem sichtbar. Der Dachverband »Tafel Deutschland e.V.« unterhält in 58 hessischen Städten und Gemeinden Tafeln. Das Diakonische Werk kritisiert deshalb, dass dieser Mangel sich nicht durch die Verteilung von Nahrungsmitteln, sondern nur durch den Einsatz für mehr soziale Gerechtigkeit nachhaltig bekämpfen lässt. Die Notwendigkeit von Tafeln und einer Vielzahl privater und kirchlicher Initiativen, die sich für eine ausreichende Versorgung der Bedürftigen mit Nahrung engagieren, scheint in Hessen leider noch kaum als politisches Problem verstanden zu werden. Jedenfalls findet sich in der Nachhaltigkeitsstrategie Hessens kein angemessener Zielindikator zu SDG 2.

Dabei gäbe es in Hessen viel zu tun: So werden zum Beispiel auch hier pro Jahr und Kopf durchschnittlich gut 80 Kilogramm Lebensmittel im Wert von etwa 240 Euro weggeworfen. Mit diesem Misstand beschäftigt sich zum Beispiel die Foodsharing Initiative. Bereits an 24 Standorten in Hessen gehen ehrenamtliche Foodsharing Gruppen Hunger und die Verschwendung von Nahrungsmitteln an. Sie setzen dabei auf die »Rettung« und Verteilung übrig gebliebener Lebensmittel. Der Verschwendung der einen steht die Bedürftigkeit der anderen gegenüber. Das gilt ebenso für Hessen wie auch im globalen Maßstab. Ein Großteil unserer Lebensmittel wird importiert. An den Produktionsorten bleiben häufig Probleme wie Wassermangel und mit Pestiziden verseuchte Böden zurück. Zudem werden die Ackerflächen, auf denen Nahrungsmittel für die lokale Bevölkerung angebaut werden können, immer knapper. Für soziale Gerechtigkeit und Umweltschutz im Ernährungsbereich müssen wir uns also nicht nur in Hessen, sondern global einsetzen.

2 GUTE BEISPIELE AUS HESSEN

FRANKFURT AM MAIN

Islamische Informations- & Serviceleistungen e.V.

Nicht weit vom Frankfurter Hauptbahnhof entfernt liegen die Räume des Vereins Islamische Informations- und Serviceleistungen (IIS) e.V. Ein Schwerpunkt der interreligiösen Organisation ist die Speisung für Bedürftige, mit der 2008 begonnen wurde. Inzwischen ist sie zu einer festen Einrichtung geworden. Jeden Freitag nach dem Gebet lädt die Gemeinde alle Bedürftige in der Umgebung zur kostenfreien Speisung ein. Herkunft und Religion der Besucher*innen spielen dabei keine Rolle.

In der Stadt der Banken und des Geldes sind Menschen quer durch alle Gesellschaftsschichten von Hunger und Mangelernährung betroffen. Es trifft jene Menschen, die nicht von den sozialen Sicherungssystemen erreicht werden, die keinen formalen Anspruch auf die Leistungen haben oder welche diese aus Scham oder Stolz nicht annehmen.

Neben dem aktiven sozialen Einsatz für Bedürftige und Hilfesuchende geht man beim IIS e.V. mit den Themen Nachhaltigkeit und nachhaltige Lebensführung von Beginn an sehr bewusst um. Die Moscheegemeinde nahm als erste Gemeinde fair gehandelte Produkte in ihr Sortiment auf und richtete zusammen mit dem Weltladen Bornheim Informationsveranstaltungen zu nachhaltigen Themen aus. Mohammed Naved Johari, beim IIS e.V. für Öffentlichkeitsarbeit und Soziales zuständig, benennt die thematischen Anknüpfungspunkte im Qu´ran (Koran): Es gibt ein grundsätzliches Gebot des »Nicht-Verschwendens« und bewusst und nachhaltig lebende Menschen orientierten sich in ihrem Alltagsleben an der Einhaltung »des gebotenen Maßes«. Ein nachahmenswerter Gedanke, um die begrenzten Ressourcen der Erde für alle Menschen gleichermaßen zugänglich zu machen.

Kontakt:

www.iisev.de

Speisung für Bedürftige: Vorbereitung in der Küche.





Gemeinsam ausruhen nach getaner Arbeit.

ALSABACH / BOLIVIEN

JBH Jugend Bildung Hilfe in Bolivien e.V. / Centro Ecológico Juvenil Sucre

In manchen Regionen der Erde sind die Böden aufgrund von Umweltbedingungen nicht fruchtbar genug, um darauf ausreichend Nahrungsmittel anbauen zu können. Hunger ist für Menschen, die in solchen Gebieten leben, ein immer wiederkehrender Begleiter. Dies ist zum Beispiel in der Gemeinde Cajamarca in Bolivien der Fall. Um diese Situation zu ändern, begann das ökologische Jugendzentrum in Sucre bereits im Jahr 1990 mit gezielten Aufforstungsarbeiten. Aus dem ehemals kahlen Steinboden und mageren Grasland auf 3.200 Metern Höhe wurde über die Jahre eine grüne Zone von Wald, Wiesen, Gärten, Obstbäumen und Blumen.

Diese Aufforstung wirkte sich sehr positiv auf die regionale Nahrungsmittelversorgung aus. Die Bodenerosion nahm ab, der Wasserspiegel stieg wieder an. Die Bodenqualität nahm zu und die Ernteerträge stiegen. Aus Kleinbauern wurden Waldbauern mit einer zusätzlichen Einnahme-

quelle. Das neue Waldgebiet dient als erweiterter Lebensraum für Tiere, Pflanzen und Menschen und ermöglicht es letztlich, den Hunger vor Ort dauerhaft zu beenden.

Im Centro Ecológico Juvenil sind zudem Werkstätten, Blockhütten, Gewächshäuser und Kleintiergehege für die Bildungsarbeit und für Projekte errichtet worden. Es bietet Touristen, Schulklassen und Studierenden die Möglichkeit, nachhaltigen Urlaub zu machen, Seminare durchzuführen und eigene Ideen umzusetzen. Der Verein aus Alsbach unterstützt die Arbeit in Bolivien finanziell sowie durch die Entsendung von Freiwilligen. Diese Form der Unterstützung bietet engagierten jungen Menschen aus Hessen und anderen Teilen Deutschlands gleichzeitig die großartige Gelegenheit, sich in gemeinsamer Arbeit vor Ort ganz praktisch ökologisches Bewusstsein anzueignen.

Kontakt:

www.cej-bolivia.org

www.jbh-bolivien.de

Bildungsarbeit ganz praktisch: Kinder und Jugendliche helfen mit bei der Aufforstung.



Gesundheit und Wohlergehen

Laut der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) der Vereinten Nationen hat fast die Hälfte der Menschen weltweit keinen Zugang zu Gesundheitsversorgung. Auf dem afrikanischen Kontinent betrifft dies sogar über 80 Prozent der Bevölkerung. Die Erfüllung von SDG 3 umfasst daher unterschiedliche Aspekte wie die Garantie eines für alle Menschen zugänglichen und bezahlbaren öffentlichen Gesundheitssystems oder auch den selbstbestimmten Zugang zu Sexual- und Reproduktionsmedizin für Frauen überall auf der Welt. Im Globalen Süden stehen der Bedarf an Präventionsmaßnahmen gegen Kindersterblichkeit und die Freigabe von Impfstoffen gegen Aids oder Epidemien im Vordergrund, während im Globalen Norden psychische Erkrankungen wie Depressionen immer weiter um sich greifen. Es braucht deshalb integrierte und angepasste Ansätze, um Gesundheit und Wohlbefinden für alle erreichen zu können.

Bis 2030 sollen unter anderen folgende Unterziele erreicht werden:

- Eine allgemeine Gesundheitsversorgung inklusiv Versicherungssystem, Zugang zu hochwertigen Basisgesundheitsdiensten, Medikamenten und Impfstoffen soll für alle erreicht werden.
- Die weltweite Müttersterblichkeit soll deutlich gesenkt und vermeidbaren Todesfällen bei Neugeborenen und Kindern unter 5 Jahren ein Ende gesetzt werden.
- Aids-, Tuberkulose- und Malariaepidemien, vernachlässigte Tropenkrankheiten und Hepatitis sollen beseitigt werden.
- Die Zahl der Todesfälle und Erkrankungen aufgrund gefährlicher Chemikalien und dramatischer Umweltverschmutzung soll erheblich verringert werden.

Protest in Kenia für das Recht auf Gesundheit nach Art. 25 der Menschenrechtserklärung.





Was heißt das für Hessen?

Im Rahmen der hessischen Nachhaltigkeitsstrategie orientiert sich das Land beim Thema Gesundheit an der vom Bund vorgegebenen Zielsetzung, also an der Steigerung des »Wohlergehens« in Bezug auf die individuelle Lebensqualität. Es soll an der Reduzierung von Schadstoffen in der Luft und der Verringerung der Lärmbelastigung in Hessen angesetzt und der Anteil der von Adipositas (krankhaftes Übergewicht) betroffenen Personen an der Gesamtbevölkerung reduziert werden.

Leider keine Rolle spielen die Benennung und Veränderung struktureller Hindernisse, welche auch in Hessen den gleichberechtigten Zugang zu qualitativ hochwertiger Gesundheitsversorgung erschweren. Dabei gilt auch hier, dass es einen engen Zusammenhang zwischen Gesundheit und Armut bzw. ökonomischer Ungleichheit gibt. Dies trifft ebenso auf Themen wie gesunde Ernährung und Gesundheitsprävention zu, wie auch auf das Auftreten von Adipositas oder die Höhe der durchschnittlichen Lebenserwartung. Eingeschränkt ist der Zugang zur Gesundheitsversorgung auch in ländlichen Regionen und dort insbesondere für ältere Menschen.

Hier lässt sich vom Globalen Süden lernen, etwa vom System dezentraler Gesundheitszentren mit ergänzenden Gesundheitspromotor*innen zur ortsnahen Basisversorgung. Über das SDG 3 hinaus ist das Recht auf den »höchsten erreichbaren Stand an körperlicher und geistiger Gesundheit« ein unteilbares Menschenrecht. Deshalb muss allen Menschen Zugang zur Gesundheitsversorgung ermöglicht werden, auch unabhängig vom Aufenthaltsstatus. Grundsätzlich braucht es integrierte Ansätze, die über technische Lösungen hinausgehen und der Komplexität der Probleme gerecht werden können, damit alle Menschen in Hessen und weltweit ohne Diskriminierung Gesundheit und Wohlergehen erleben können. Dabei sollte die Förderung innovativer und solidarischer zivilgesellschaftlicher Initiativen wie die Medinetze oder die zahlreichen Nord-Süd-Partnerschaften eine wichtige Rolle spielen.

»Laut der Internationalen Arbeitsorganisation der Vereinten Nationen hat fast die Hälfte der Menschen weltweit keinen Zugang zu Gesundheitsversorgung.«

3 GUTE BEISPIELE AUS HESSEN

MARBURG

Medinetz Marburg e.V.

In Marburg engagieren sich Menschen ehrenamtlich, damit das Menschenrecht auf Gesundheit auch in Hessen für alle dort lebenden Menschen umgesetzt wird. Denn auch hier gibt es Gruppen, die von der öffentlichen Gesundheitsversorgung nicht erreicht werden. Dazu gehören Menschen, die auf der Straße leben Suchtkranke z.B. aber auch zum Teil Selbstständige ohne Krankenversicherung sowie Menschen ohne Papiere und Aufenthaltsstatus. Als Antwort auf diesen Missstand gründeten sich in vielen deutschen Städten sogenannte Medinetze oder auch Medibüros, ehrenamtliche Initiativen oder Nichtregierungsorganisationen, die sich für die medizinische Versorgung von Menschen ohne geregelten Aufenthaltsstatus einsetzen.

Auch in Marburg kümmern sich die Aktiven des Vereins Medinetz e.V. um die Vermittlung von Ärzt*innen, Geburtshelfer*innen und Therapeut*innen. Sie begleiten die Patient*innen bei Bedarf zu den Arztterminen, vermitteln Dolmetscher*innen, organisie-

ren nach Absprache die Kostenübernahme und/oder stellen den Kontakt zu anderen Beratungsstellen her. Sie garantieren dabei, dass die Daten der Patient*innen vertraulich behandelt und nicht an andere Behörden weitergeleitet werden.

Der Verein begleitet seine konkrete Arbeit mit politischen Forderungen nach der Abschaffung der Sondergesetze für Migrant*innen und Geflüchtete sowie nach der Einführung eines »anonymen Krankenscheins«. Er tritt dafür ein, dass die bisher ehrenamtliche und durch Spenden finanzierte Arbeit als staatliche Aufgabe anerkannt wird und so eine professionelle und flächendeckende medizinische Versorgung für alle Menschen, die sich in Deutschland aufhalten, gewährleistet werden kann.



Kontakt:

www.medinetz-marburg.de

»Von Beginn an verfolgen wir als Initiative das Ziel, die Gesundheitsversorgung von illegalisierten Flüchtlingen und Migrant*innen auf politischem und pragmatischem Wege zu verbessern.«



Die Basisgesundheitsstation Gaspar Garcia Laviana bietet eine breite allgemeine Grundversorgung.

GIESSEN / SAN JUAN DEL SUR

gipanic, Verein zur Förderung der Städtepartnerschaft Gießen – San Juan del Sur und Region in Nicaragua e.V.

Nach dem Sturz des Diktators Somoza im Jahr 1979 in Nicaragua, baute die sandinistische Befreiungsbewegung FSLN in den 1980er-Jahren den Gesundheitssektor und auch das Bildungssystem massiv aus. Landesweit entstanden dezentrale Gesundheitszentren, die kostenlose Gesundheitsversorgung anboten und in denen Vorsorge und Aufklärung nach kubanischem Vorbild geleistet wurde. Diese Errungenschaften wurden in den darauffolgenden Jahren immer stärker durch die von den USA finanzierten militärische und ökonomische Interventionen untergraben.

International gründeten sich zahlreiche Solidaritätskomitees bis hin zu Städtepartnerschaften, um das emanzipatorische Projekt in Nicaragua ganz konkret zu unterstützen. Der 1985 gegründete Gießener Verein gipanic unterstützte im Jahr 1988 erstmals das Gesundheitszentrum in der Partnerstadt Juan del Sur mit Schul-

materialen und medizinischen Artikeln. Statt Barmherzigkeit oder »Hilfe« geht es den Partner*innen in Gießen und San Juan bei der gemeinsamen Projektarbeit vor Ort um Solidarität, Gerechtigkeit, Hilfe zur Selbsthilfe sowie Bildungs- und Bewusstseinsarbeit. Im Gesundheitsbereich wurden bisher u.a. die Ausbildung von Gesundheitsbrigadist*innen und Frauengesundheitskurse finanziell unterstützt und für eine rudimentäre Basisausstattung der Gesundheitsstation gesorgt.

gipanic will bewusst keinen Ersatz für staatliche Leistungen bieten, sondern die von der Regierung seit 2007 gewährleistete kostenfreie medizinische Grundversorgung für die Bevölkerung ergänzen. Aktuell geschieht dies in Absprache mit den Partner*innen vor Ort z.B. durch die Förderung der sexuellen und reproduktiven Gesundheit oder durch die Ausstattung der Gesundheitsbrigaden mit Regenschutzkleidung. Bei Bedarf kann die Unterstützung auch wieder ausgebaut werden.

Kontakt:

www.gipanic.de

Hochwertige Bildung

Laut UNESCO sind derzeit weltweit immer noch 758 Millionen Menschen Analphabet*innen. Zudem haben 61 Millionen Kinder und 202 Millionen Jugendliche keinen Zugang zu Grund- und Sekundarschulbildung. SDG 4 fordert daher inklusive, gerechte und hochwertige Bildung sowie die Möglichkeit lebenslangen Lernens für alle. Bildung soll die Lernenden aller Altersgruppen mit den notwendigen Fähigkeiten und Werten ausstatten, um als verantwortungsbewusste Weltbürger*innen handeln zu können. Dazu sollen weltweit kinder-, behinderten- und geschlechtergerechte Bildungsein-

richtungen (aus-)gebaut werden, die eine sichere, gewaltfreie, inklusive und effektive Lernumgebung für alle bieten.

Bis 2030 sollen unter anderen folgende Unterziele erreicht werden:

- Es soll sichergestellt werden, dass Kinder und Jugendliche aller Geschlechter gleichberechtigt eine kostenlose und hochwertige Grund- und Sekundarschulbildung abschließen.

Bildungskollektiv kopfstand e.V.: Projekt mit Jugendlichen zum (lokalen) NSU-Komplex.





- Allen Frauen und Männern soll der gleichberechtigte Zugang zu einer erschwinglichen und hochwertigen Bildung ermöglicht werden, die fachlich, beruflich sowie für höhere Positionen qualifiziert.
- Durch die Vermittlung von Bildung für nachhaltige Entwicklung, einer Kultur des Friedens, der Wertschätzung der kulturellen Vielfalt, nachhaltigen Lebensweisen, Menschenrechten, Geschlechtergleichstellung und mehr soll sichergestellt werden, dass alle Lernenden die notwendigen Kenntnisse und Qualifikationen zur Förderung nachhaltiger Entwicklung erwerben.
- Bis 2020 soll die Zahl der verfügbaren Stipendien für Menschen aus sogenannten »Entwicklungsländern« für den Besuch von Hochschulen und Berufsausbildungen wesentlich erhöht werden.
- Durch internationale Zusammenarbeit im Bereich der Lehrkräfteausbildung soll das Angebot an qualifizierten Lehrkräften deutlich erhöht werden.

Was heißt das für Hessen?

Das Thema Nachhaltige Bildung ist ein Herzstück der hessischen Nachhaltigkeitsstrategie. Zu den maßgeblichen Zielen gehört dabei, ausländische Schüler*innen im deutschen Bildungssystem stärker zu fördern, das allgemeine Bildungsniveau anzuheben und für Bildungsgerechtigkeit unabhängig von der sozialen Schicht zu

sorgen. Ein konkreter Umsetzungsschritt hierzu wäre z.B. eine Reform des dreigliedrigen Schulsystems, um die frühzeitige Selektion nach der vierten Klasse aufzuheben und gemeinsames Lernen in flexiblen Lernarrangements bis zum jeweiligen Schulabschluss zu ermöglichen.

Hessen geht mit »Bildung für Nachhaltige Entwicklung« (BNE) in die Offensive. Ein »Runder Tisch« aus Expert*innen von verschiedenen Bildungsträgern entwirft seit Juli 2015 entsprechende Projekte und Maßnahmen. Die zentralen Schwerpunkte bilden die kindliche Bildung, die berufliche Ausbildung sowie die Erwachsenenbildung und das lebenslange Lernen. Die Bandbreite der BNE Aktivitäten reicht von außer- und innerschulischen Bildungsangeboten und Projektarbeit bis zu Vernetzungsangeboten. Auf diese Weise sollen Bildungsinhalte zu Nachhaltigkeit stärker im Alltag und im Bewusstsein der Bevölkerung verankert werden. Allerdings braucht es dazu – wie auch im Weltaktionsprogramm Bildung für nachhaltige Entwicklung gefordert – eine stärkere strukturelle Verankerung von Perspektiven und Methoden von BNE sowie Globalem Lernen im Regelschulbetrieb. Dies wiederum bedingt mehr qualifizierte Schulungen für Lehrkräfte an Schulen und Hochschulen. Notwendig ist aber gleichzeitig auch eine kontinuierliche Förderung für außerschulische Bildungsanbieter*innen.

KAUFUNGEN

**Bildungskollektiv
kopfstand e.V.**

Das Bildungskollektiv wurde 2014 von vier jungen, freiberuflichen Bildungsreferent*innen gegründet. Ausschlaggebender Impuls war die Beobachtung, dass es in Nordhessen deutlich weniger emanzipatorische Bildungsangebote gibt als in Mittel- und Südhessen.

kopfstand will vor allem junge Menschen dabei unterstützen, sich in einer immer komplexer werdenden Welt zu orientieren. Das Kollektiv will zur kritischen Reflexion gesellschaftspolitischer Zusammenhänge anregen und Impulse für ein zukunftsfähiges Denken und Handeln im Sinne einer Bildung für nachhaltige Entwicklung geben. Die Angebote reichen von politischer Bildung zum NSU-Prozess oder politischem Jugendengagement für eine bessere Welt über Umweltbildung und Erlebnispädagogik bis hin zu Fortbildungen für Lehrkräfte. Ein besonderes Themenfeld sind Fallstricke in der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit (siehe Kasten). Hierzu sensibilisiert und qualifiziert das Bildungskollektiv Multiplikator*innen.

»Uns geht es um Partizipation, um ein Mitgestalten des öffentlichen Raums – dies ist ab dem Kindergarten und ohne Altersbeschränkung nach oben möglich und nötig. Unter dem Motto ›Erleben, Begreifen, Verändern‹ regen wir zum (lokalen) Handeln an, ohne die globale Dimension dabei aus den Augen zu verlieren.«

kopfstand arbeitet auch mit anderen Bildungsakteur*innen zusammen, beispielsweise an Schulen zu Themen wie Klimawandel, Klimagerechtigkeit sowie Flucht und Migration.


**FALLSTRICKE DER
ENTWICKLUNGS-
POLITISCHEN
BILDUNGSARBEIT**

»... Das deutsche Kolonialreich ist offiziell Vergangenheit und doch gegenwärtig. In unseren Denk- und Sprechweisen, in den Medien, in Straßennamen, in Schulbüchern – überall wirken Beziehungsmuster kolonialer Herrschaft nach. Auch Bildungsarbeit im Kontext von Bildung für Nachhaltige Entwicklung und Globalem Lernen kann nicht losgelöst von der kolonialen Vergangenheit Deutschlands gesehen werden ...« (kopfstand e.V.)

Konkret geht es hier darum, Bilder und Selbstbilder der »Helfenden« (in der Regel im Globalen Norden verortet) und der »Hilfsbedürftigen« (meist im Globalen Süden verortet) zu reflektieren.

Kontakt:

www.kopfstand-bildung.org

FRIEDBERG

Association des Bamboutos du Hessen e.V. (ABH)

Der Verein wurde 2007 in Friedberg von Studierenden der heutigen Technischen Hochschule Mittelhessen (THM) gegründet. Gemeinsam war den Gründer*innen, dass Sie alle aus dem Regierungsbezirk Bamboutos in Kamerun kamen.

Die Initiative hat es sich zur Aufgabe gemacht, in Kamerun gute Basis-Entwicklungsarbeit auf Augenhöhe zu leisten und dabei auf die Bedürfnisse der Menschen vor Ort einzugehen. Dabei helfen die Kenntnisse der dortigen Strukturen in Verbindung mit persönlichen Kontakten in der Region.

Die ABH hat mittlerweile in Kamerun sechs Projekte realisiert und überwiegend mit Eigenmitteln des bundesweiten Unterstützer*innenkreises finanziert. Ein Teil ihrer Projektarbeit umfasste die Renovierung und den Ausbau von Schulgebäuden. Spenden ermöglichten es ihnen zudem, Schul-

materialien und Computer anzuschaffen. Dadurch konnte in verschiedenen Kommunen des Bezirks grundlegende Schulinfrastruktur auf- und ausgebaut werden.

Zu den zentralen Aktivitäten in Deutschland gehören der Erfahrungsaustausch und der Aufbau eines Solidaritätskreises mit Kameruner*innen aus dem Bezirk Bamboutos. Außerdem fördert ABH mit Informations- und Diskussionsveranstaltungen den Dialog zwischen Kameruner*innen und Deutschen. Die Teilnehmer*innen der Veranstaltungen profitieren so nicht nur von der Wissensvermittlung aus erster Hand, sondern sie erhalten darüber hinaus auch die Gelegenheit, mit Schwarzen Expert*innen Perspektiven des Globalen Südens zu diskutieren. Diese Perspektiven bleiben im dominanten Entwicklungsdiskurs oftmals deutlich unterrepräsentiert und unbeachtet.

Kontakt:

www.btoshessen.com

Spende von Computern und Zubehör an das technische Gymnasium von Mbouda (Kamerun).



Geschlechtergleichheit

Nur knapp 10 Prozent aller Regierungschef*innen und 20 Prozent aller Parlamentarier*innen sind weiblich. Lohn- und unbezahlte Fürsorgearbeit zusammen gerechnet, arbeiten Frauen deutlich mehr als Männer und besitzen trotzdem nur 1 Prozent des weltweiten Vermögens. Weltweit sind drei von vier aller Alleinerziehenden und zwei von drei aller Analphabet*innen weiblich, jede dritte Frau erfährt oder erfuhr Gewalt. Diese triste Aufzählung ließe sich problemlos weiterführen. Mit SDG 5 sollen daher alle Formen der Diskriminierung, Ausbeutung und Gewalt, die Frauen und Mädchen widerfahren, weltweit beseitigt, sowie gleichzeitig umfassende Selbstbestimmung und Teilhabe ermöglicht werden. UN Women fordert dabei, die Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit innerhalb der Agenda 2030 als Querschnittsaufgabe zu betrachten und dafür integrierte Ansätze zu entwickeln.

Bis 2030 sollen unter anderen folgende Unterziele erreicht werden:

- Alle Formen der Diskriminierung von Frauen und Mädchen sollen überall auf der Welt beendet werden.
- Alle Formen von Gewalt gegen Frauen und Mädchen, einschließlich des Menschenhandels sowie sexueller und anderer Formen der Ausbeutung, sollen beseitigt werden.
- Die volle und wirksame Teilhabe von Frauen auf allen Ebenen der Entscheidungsfindung im politischen, wirtschaftlichen und öffentlichen Leben soll sichergestellt werden.
- Reformen sollen Frauen die gleichen Rechte auf wirtschaftliche Ressourcen, auf Zugang zu Grundeigentum und zur Verfügungsgewalt über Grund, Boden und sonstige Vermögensformen sowie auf Zugang zu Finanzdienstleistungen, Erbschaften und natürlichen Ressourcen sichern.
- Es sollen Rechtsvorschriften zur Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und der Selbstbestimmung aller Frauen und Mädchen beschlossen werden.

Was heißt das für Hessen?

Auch für Hessen gilt, je höher die Hierarchie oder je höher der Lohn, umso weniger weibliche Beschäftigte finden sich. Dies spiegeln die regelmäßigen Berichte der Landesregierung an den Hessischen Landtag zur Umsetzung des Hessischen Gleichberechtigungsgesetzes deutlich wider. Ein Beispiel: An hessischen Hochschulen sind weniger als 25 Prozent der Professor*innen weiblich. Deshalb will das grundlegend überarbeitete Gleichberechtigungsgesetz der Landesregierung mehr Frauen in Führungspositionen bringen, die Vereinbarkeit von Familienaufgaben und Karriere erleichtern sowie die Rechte der Frauen- und Gleichstellungs-



beauftragten stärken. Dies bezieht sich jedoch fast ausschließlich auf den öffentlichen Dienst. Gesetzliche Regelungen und Initiativen für die Privatwirtschaft fehlen somit weiterhin.

Um den Unterzielen von SDG 5 gerecht zu werden, bedarf es außerdem einer verstärkten Sensibilisierung, beispielsweise für physische und psychische Gewalt, denn auch in Deutschland sind rund 35 Prozent der Frauen verschiedenen Formen von Gewalt ausgesetzt. Auch die Situation von Frauen mit Migrationshintergrund, die oft Mehrfachdiskriminierungen erfahren, wird häufig vernachlässigt. Damit Frauen

und Menschen, die sich nicht als Männer identifizieren, tatsächlich wirksam an Politik und Gesellschaft teilhaben können, braucht es zusätzlich zu vielfältigen zivilgesellschaftlichen Beratungs- und Unterstützungsangeboten auch die ideelle und finanzielle Förderung durch die Politik. Wenn Hessen zudem in globaler Perspektive zur Umsetzung von SDG 5 beitragen will, muss hier Geschlechtergerechtigkeit im Rahmen internationaler Kooperationen und entwicklungspolitischer Zusammenarbeit konsequent als Querschnittsaufgabe berücksichtigt werden.

Ein Workshop bietet Frauen den gemeinsamen Raum um ihr Selbstwertgefühl zu stärken.



5 GUTE BEISPIELE AUS HESSEN

MARBURG / NICARAGUA

Initiative Solidarische Welt e.V. / Weltladen Marburg & La Fundación Entre Mujeres

»In Marburg arbeite ich, Cris Guzmán, als Freiwillige aus Nicaragua derzeit zum Thema »Empowerment von Frauen* im Globalen Süden und Norden«. Wenn ich nicht gerade im Bildungsprogramm des Weltladens aktiv bin, engagiere ich mich bei der Landfrauenorganisation La Fundación Entre Mujeres (FEM) in Nicaragua. Die Rechte von Frauen*, insbesondere in ländlichen Gebieten, haben hohe Priorität für Engagierte in Nicaragua, wie auch in Deutschland. Darum setzen wir uns für Bildungsprogramme, aber auch für den Zugang zu Gesundheitsversorgung ein. In Nicaragua haben wir ein Programm gegen Gewalt mit psychologischer und juristischer Begleitung entwickelt. Wir haben dazu lokale Komitees gebildet, deren Mitglieder andere Frauen in Gewaltsituationen unterstützen. Um wirtschaftliche Autonomie zu erreichen, haben wir als feministische Initiative um landwirtschaftliche Ressourcen gekämpft. Heute produzieren viele Mitglieder von FEM ökologischen Kaffee, Honig und Gemüse.

In Marburg kann ich meine Erfahrungen aus Nicaragua in ein Bildungsprojekt des Weltladens einbringen und mit einem eigenen Projekt für globale Geschlechtergerechtigkeit und Frauenrechte sensibilisieren.

Der Weg zu Geschlechtergleichheit, wie in SDG 5 beschrieben, ist lang. Wir müssen viel mehr tun, um dieses Ziel zu erreichen. Wir Landfrauen arbeiten hart für die ökologische Landwirtschaft und um den Planeten zu retten. Aber dies können

wir nicht effektiv tun, wenn wir zu Hause und auf der Straße Gewalt erleben. Der Weltladen in Marburg geht mit seinem Bildungsangebot und insbesondere mit dem Projekt zu Frauenrechten Schritte in die richtige Richtung. Hoffentlich arbeiten immer mehr verbündete Organisationen zusammen. Diese Arbeit für eine glücklichere und freiere Gesellschaft geht uns alle an!« (Cris Guzmán, Nicaragua)

WELTLADEN MARBURG

Neben dem Frauen*-Empowermentprojekt fördert der Weltladen Marburg den Fairen Handel und bietet Bildungsangebote sowie eine Bibliothek zu entwicklungspolitischen Themen an.

Kontakt:

www.femnicaragua.org

www.marburger-weltladen.de

Rosibel Ramos, Mitgründerin von FEM, einer Organisation, die Frauen eigenen Anbau und ein eigenes Einkommen ermöglicht.



Informationsstand
der Anlauf- und
Beratungsstelle RAHMA.



FRANKFURT AM MAIN

RAHMA – Muslimisches Zentrum für Mädchen, Frauen und Familie e.V.

Jegliche Form der individuellen, institutionellen und gesellschaftlichen Gewalt und Unterdrückung und/oder Diskriminierung von Mädchen und Frauen muss bekämpft werden. Wie in SDG 5 gefordert, sollte ein eigenständiges und selbstbestimmtes Leben von Mädchen und Frauen in jeder Gesellschaft möglich sein. RAHMA trägt seit 2014 von Frankfurt am Main aus dazu bei, dass muslimischen Mädchen und Frauen dies ermöglicht wird. Unabhängig von Staatsangehörigkeit, Herkunft, Religion und Alter sollen aber auch alle anderen die Möglichkeit auf Beratung, Unterstützung, Begleitung und Betreuung erhalten. Die Angebote der Anlauf- und Beratungsstelle richten sich dabei besonders an Mädchen und Frauen, die sich in Konflikt-, Not- und Krisensituationen befinden.

Angetrieben von einer gesellschaftlichen Verpflichtung und islamisch-sozialen Verantwortung beschäftigt sich RAHMA mit vielfältigen Konflikten wie Gewalt in der Ehe, Trennung und Scheidung, Sorgerecht, Konflikte mit Ämtern (z.B. Jugendamt) oder

auch Diskriminierung und Mobbing beispielsweise wegen des Tragens eines Kopftuchs in Schule, Ausbildung und im Job.

RAHMA ist ein anerkannter Kooperationspartner für verschiedene staatliche und nicht-staatliche Institutionen in Hessen und darüber hinaus. Der Verein steht im engen Austausch mit unterschiedlichsten Beratungsstellen und Institutionen, die sich mit den Belangen betroffener Mädchen und Frauen befassen. Er ist außerdem Mitglied des ADiBe Netzwerk Hessen (siehe Kasten).

ADiBe NETZWERK HESSEN

Das ADiBe Netzwerk Hessen berät und unterstützt Menschen, die diskriminiert wurden. Die Antidiskriminierungsberatung ADiBe stellt sich auf die Seite der Betroffenen, bietet juristische Ersteinschätzungen an, macht einzelne Diskriminierungsfälle öffentlich und begleitet Prozesse. www.adibe-hessen.de

Kontakt:

www.rahmazentrum.de

Sauberes Wasser und Sanitäreinrichtungen

Fast ein Drittel der Weltbevölkerung, das sind 2,1 Milliarden Menschen, verfügt zu Hause nicht zuverlässig über sauberes Trinkwasser. Eine unmittelbare Folge davon sind regelmäßige Erkrankungen, die bis zum Tod führen können. Jährlich sterben allein über 310.000 Kinder an Durchfall. Nur 1,9 Milliarden haben Zugang zu Toiletten mit Anschluss an die Kanalisation und Abwasseraufbereitung. Drei Viertel der Weltbevölkerung sind dadurch von Sanitäreinrichtungen mit hygienischer Abwasserentsorgung ausgeschlossen.

SDG 6 fordert deshalb die Verfügbarkeit und nachhaltige Bewirtschaftung von Wasser sowie eine angemessene Sanitärversorgung für alle.

Protestaktion in Berlin gegen die Privatisierung von Wasser.

Bis 2030 sollen unter anderen folgende Unterziele erreicht werden:

- Es soll für alle der Zugang zu sicherem und bezahlbarem Trinkwasser erreicht werden, ebenso wie die angemessene Sanitärversorgung und Hygiene für alle.
- Die Wasserqualität soll unter anderem durch Beendigung der Verschmutzung mit Chemikalien sowie durch verbesserte Wasseraufbereitung gesteigert werden.
- Die effiziente Nutzung aber auch die nachhaltige Entnahme von Wasser soll verbessert werden, um Wasserknappheit zu reduzieren.
- Integriertes Management der Wasserressourcen soll auf allen Ebenen und gegebenenfalls auch grenzüberschreitend umgesetzt werden.





- »Entwicklungsländer« sollen im Rahmen internationaler Zusammenarbeit beim Aufbau von Kapazitäten der Wasser- und Sanitätsversorgung unterstützt werden.

Was heißt das für Hessen?

Wasser ist das Lebensmittel Nr. 1! Hessen ist durchzogen von Fließgewässern. In einigen hessischen Regionen ist das Trink- und Oberflächenwasser durch Chemikalien, u.a. aus der Landwirtschaft, aus dem Kalibergbau oder auch – wie in Ballungsgebieten – schlicht durch die Übernutzung gefährdet. Aktuell befinden sich nur 21 von insgesamt 441 Bächen und Flüssen in einem »guten Zustand«, wie er von der EU gefordert wird. Die Hessische Nachhaltigkeitsstrategie misst die Erfüllung von SDG 6 zukünftig u.a. an der Nitratbelastung im Grundwasser. Hohe Nitratwerte hängen allerdings oft mit intensiver Viehwirtschaft zusammen, die es in Hessen kaum gibt. Der BUND Hessen fordert deshalb weitere Maßnahmen, wie etwa die Wiedereinführung einer Grundwasserabgabe, die zur Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie

und für die Sanierung und Renaturierung grundwasserabhängiger Lebensräume eingesetzt werden sollte.

Bei SDG 6 geht es aber auch um das Menschenrecht auf Zugang zu sauberem Wasser und sanitärer Versorgung. Beides hängt auch hierzulande vom Geld ab. Damit jeder Mensch in Hessen – unabhängig von Geld, Obdach oder Aufenthaltsstatus – kostenfrei Zugang zu sauberen Toiletten und Trinkwasser hat, müssen dezentral frei zugängliche Einrichtungen geschaffen werden. Und auch global muss entsprechend gehandelt werden. Etwa durch Proteste gegen die Verabschiedung von Freihandelsabkommen, die auf die Privatisierung des Gemeinguts Wasser abzielen oder durch stärkeres Engagement in der Nord-Süd Zusammenarbeit. Außerdem müssen Maßnahmen ergriffen werden, die zur Reduzierung des eigenen »virtuellen Wasserverbrauchs« beitragen. Damit ist der Wasserverbrauch gemeint, der in anderen Ländern für die Produktion von z.B. Obst, Gemüse, Fleisch oder Textilien anfällt und dort für die lokale Versorgung von Mensch und Umwelt zunehmend fehlt.

»Fast ein Drittel der Weltbevölkerung verfügt zu Hause nicht zuverlässig über sauberes Trinkwasser.«

6 GUTE BEISPIELE AUS HESSEN

DARMSTADT

Greenukum

Greenukum ist ein Blog-Projekt, das sich mit den Themen Umweltschutz und Nachhaltigkeit auseinandersetzt und ein junges, konsumorientiertes Publikum anspricht. Redaktionell betrieben wird Greenukum von Max Musa und Asmaa. Das Paar sieht sich »auf der Reise zu einem bewussten und nachhaltigen Lebensstil, mit dem Ziel, ein verantwortungsvolles Leben in Frieden mit sich und der Mitwelt zu leben.« In ihrem Blog versuchen sie, Umweltthemen auf eine ansprechende und interessante Weise zu vermitteln. Sie berichten dazu meist über Alltagserfahrungen – z.B. im Studium, auf der Arbeit, beim Einkauf oder unterwegs – und machen hierbei deutlich, wie man auf einfache Weise alte Gewohnheiten überdenken kann. Sie zeigen die globalen Zusammenhänge des eigenen Konsumver-

haltens auf und sensibilisieren so für umweltethisches Handeln im Alltag.

Um Menschen dazu zu motivieren, sich mit den vielschichtigen und komplexen Themen und Dimensionen von Nachhaltigkeit auseinanderzusetzen, arbeiten die beiden Redakteur*innen gerne mit »Best Practice«-Beispielen. So finden sich in dem Blog unter anderem auch interessante Beispiele, wie man mit der Ressource Wasser im Alltag gut umgehen kann. Anlässlich des Weltwassertages 2017 informierten die beiden Blogger*innen ihre über 5.000 Follower*innen unter dem Motto »Trinkwasser ist ein Menschenrecht, das vielen Menschen noch verwehrt ist« in regelmäßigen Abständen über die Wichtigkeit dieses Themas.

Kontakt:

www.greenukum.com

Statement zum Weltwassertag: »Jeder hat das Recht auf Wasser«.





Erd-Charta-Botschafter*innen beim Ausbildungsworkshops.

DIEMELSTADT-WETHEN

Ökumenische Initiative Eine Welt e.V. — Erd-Charta Koordination Deutschland

Die Erd-Charta-Erklärung will als eine »inspirierende Vision grundlegender ethischer Prinzipien für die Entwicklung einer gerechten, nachhaltigen und friedfertigen globalen Gesellschaft im 21. Jahrhundert« verstanden werden. Veränderungen fangen in den Köpfen an, aber die Erd-Charta-Initiativen wollen auch ganz greifbare Veränderungen auf der politischen Ebene und in den wirtschaftlichen Strukturen. Bezogen auf das Thema Wasser fordern die Leitlinien zur »Ökologischen Ganzheit« der Erd-Charta den nachhaltigen Umgang mit erneuerbaren Ressourcen wie Wasser und den Lebewesen der Meere. Natürliche Wasserkreisläufe müssen respektiert werden, d.h. dem natürlichen Wasserkreislauf darf nicht mehr entnommen werden, als sich selbst erneuern kann.

Die Aushandlung der Charta selbst war ein über zehn Jahre andauernder Prozess, an dem viele Menschen weltweit mitgearbei-

tet haben. Aktuell haben bereits über 4.500 Organisationen die Erd-Charta unterzeichnet, darunter viele Städte, Nichtregierungsorganisationen, aber auch Regierungen und internationale Organisationen wie die UNESCO. Erklärtes Ziel ist es, dass die Erklärung letztlich ein völkerrechtlich verbindlicher Vertrag werden soll, den die internationale Staatengemeinschaft unterzeichnet und einhält.

Die Ökumenische Initiative Eine Welt funktioniert als deutsche Koordinierungsstelle der internationalen Erd-Charta. Es gibt eine Erd-Charta für Erwachsene und eine für Jugendliche sowie ein Junges Erd-Charta-Netzwerk, das international in mehr als 40 Ländern vernetzt ist. Die Initiative ist sehr aktiv in der Bildungsarbeit, bildet Erd-Charta-Botschafter*innen aus und führt Nord-Süd-Dialoge mit Bezug auf die Erd-Charta. Dabei ist die Initiative auch stets offen für neue Mitstreiter*innen und Visionär*innen.

Kontakt:

www.erdcharta.de

Bezahlbare und saubere Energie

Die Umsetzung von SDG 7 soll den Zugang zu bezahlbarer, verllässlicher, nachhaltiger und moderner Energie für alle Menschen auf diesem Planeten sichern. Dadurch sollen Entwicklungen zu mehr erneuerbaren Energien gefördert sowie die Erderwärmung, der Klimawandel und der Verbrauch natürlicher Ressourcen gedrosselt werden. Die Umsetzung dieses wichtigen Ziels ist angesichts unterschiedlicher nationaler Interessenslagen sehr herausfordernd: Erdölförderung ist nicht nachhaltig, aber stellt für einige Länder des Globalen Südens die finanzielle Basis ihrer Wirtschaft dar. Ein Teil unseres Energiebedarfs soll auch weiterhin durch Atomkraftwerke gestillt werden. Diese können vielleicht noch als modern, sicherlich aber nicht als nachhaltig bezeichnet werden. Großes Potential wird daher vor allem erneuerbaren Energiequellen wie Solar-, Wind- und Kleinwasserkraftanlagen zugeschrieben. Angestrebt werden dabei vor allem dezentrale, regional organisierte Energiegewinnungsstrukturen.

Bis 2030 sollen unter anderen folgende Unterziele erreicht werden:

- Es soll allen der Zugang zu bezahlbaren und verllässlichen Energiedienstleistungen ermöglicht werden.
- Der Anteil der erneuerbaren Energie am globalen Energiemix soll deutlich erhöht werden.
- Die internationale Zusammenarbeit soll gestärkt werden, um den Zugang zu Forschung und Technologie in den Bereichen saubere und erneuerbarer Energien und Energieeffizienz zu erleichtern sowie Investitionen zu fördern.
- Die Infrastruktur soll ausgebaut und die Technologie modernisiert werden, um in den Ländern des Globalen Südens und insbesondere in den ökonomisch am wenigsten entwickelten Ländern moderne und nachhaltige Energiedienstleistungen für alle bereitzustellen.

»Steigerung der Energieeffizienz und Realisierung von Energieeinsparung.«



Was heißt das für Hessen?

Wenige Wochen vor dem hessischen Energiegipfel im Jahr 2011 passierte der Reaktorunfall in Fukushima (Japan). Geprägt von dieser Katastrophe bekannte sich auch Hessen kurz darauf zu einer deutlichen »Energiewende«. Diese sieht vor, dass bis 2050 der Endenergieverbrauch in Hessen (Strom und Wärme) möglichst zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energien gespeist wird. Damit soll auch eine »Steigerung der Energieeffizienz und Realisierung von Energieeinsparung« einhergehen.

Der Hessische Energiegipfel verabschiedete dazu einen Orientierungsrahmen für die praktische Umsetzung, welcher Empfehlungen an die Verantwortlichen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft enthält. Vorgesehen ist hier u.a. der schrittweise Atomausstieg und der Ausbau einer möglichst dezentralen Energieinfrastruktur. Aktuell werden in Hessen rund 40 sogenannte Terawattstunden pro Jahr (TWh/a) für Strom plus ca. 90 TWh/a für Wärmeenergie in Haushalten, Industrie und Gewerbe verbraucht. Von diesen 130 TWh/a werden bisher lediglich 9,2 Prozent durch erneuerbare

erzeugte Energie gewonnen. Diese stammt vorwiegend aus Wind, Wasser, Biomasse, Klär- und Deponiegasen sowie Solarenergie. Bis 2030 ist bisher nur eine Steigerung auf 25 Prozent geplant. Angesichts schwindender Ressourcen, unumkehrbarer Umweltschäden und der fortschreitenden Zerstörung unserer Lebensgrundlagen braucht es einen deutlich schnelleren und global nachhaltigen Umbau der hessischen Energieversorgung. Dazu zählt der Ausbau regenerativer Energien sowie die bewusste Senkung des Energieverbrauchs bei Wirtschaft und Privatpersonen. Ein solcher Umbau kann aber auch durch die gezielte Förderung umwelt- und energiebewusster Nord-Süd-Kooperationen, wie sie beispielsweise Nour Energy e.V. aus Darmstadt unterhält, produktiv vorangetrieben werden.

Von NourEnergy installierte Solar Panels auf dem Dach der Emir Sultan Moschee in Darmstadt.



7 GUTE BEISPIELE AUS HESSEN

DARMSTADT

NourEnergy e.V.

»Die erste muslimische Umweltschutzorganisation in Deutschland« kommt aus der hessischen Stadt Darmstadt. Die Kombination von Umweltschutz und Technik prägt auch den Namen des Vereins: »Nour« steht im Arabischen für das spirituelle Licht. Die Organisation engagiert sich lokal, national und auch international für die Förderung erneuerbarer Energien. Ein zentraler Schwerpunkt liegt dabei auf Projekten, die Sonnenenergie nutzen.

NourEnergy hilft seinen Projektpartner*innen bei der technischen Planung sowie durch Beratung und Begleitung von energietechnischen Projekten, in denen durch die Nutzung der Sonne Strom gewonnen (Photovoltaik) oder Wärme erzeugt wird (Solarthermie). Darüber hinaus berät NourEnergy zu Möglichkeiten der Energieeinsparung, der Nutzung des Regenwassers oder beim Bau eines sich ergänzenden nachhaltigen (Öko)Systems – egal ob auf

dem Balkon, im Garten oder auf dem Hausdach. Der Fachbegriff lautet hier: Permakultur.

Dank der fachlichen Expertise und Begleitung von NourEnergy beziehen in Hessen zum Beispiel die Emir-Sultan-Moschee in Darmstadt sowie die Türkiyem Mevlana Moschee in Weinheim saubere Energie über eine Photovoltaik-Anlage. Aktuell unterstützt NourEnergy den Bau einer Photovoltaik-Anlage mit Wasserpumpe für ein Waisenheim in Afghanistan.

Auch die Wissensvermittlung und Bildungsarbeit ist dem Verein wichtig. 2015 richtete er zu seinem fünfjährigen Bestehen die Tagung »Muslime – Aktiv für Natur und Gesellschaft« aus. 150 Teilnehmer*innen folgten der Einladung zu der Veranstaltung, mit der NourEnergy ein weiteres Mal sein integriertes Verständnis von Nachhaltigkeit unter Beweis stellen konnte.

Kontakt:

www.nour-energy.com

Das Team von NourEnergy.





Valentin Khasakhala vom ZGH zeigt, wie Solarcooker genutzt werden können.

DARMSTADT

Zentrum für Globale Nachhaltigkeit

Im südhessischen Wald zwischen Darmstadt und Roßdorf bietet das Zentrum für Globale Nachhaltigkeit einen Ort für Bildungsangebote zu den Themen Nachhaltigkeit, Globales Lernen, Natur- und Umweltschutz sowie spirituelle Ökologie. Von Mitte April bis Mitte Oktober organisiert das Zentrum Lernangebote für Bildungseinrichtungen wie Schulen, Vereine oder Kindergärten sowie für interessierte Familien und Einzelpersonen. Meist geht es dabei um sogenannte »einfache grüne Technologien« wie Solarcooker, Wasserfilter oder Flaschenlampen. Die Gerätschaften kommen aber nicht nur hier in Hessen, sondern auch in den Partnerprojekten in Ostafrika und Südostasien zum Einsatz.

Die Solarenergie dient dabei als ein Beispiel von vielen um globale nachhaltige Zusammenhänge zu verdeutlichen. Diese Vermittlung ist die Grundlage aller Projekte des Zentrums. Projektarbeit im Globalen Süden, insbesondere in Kenia, wird so mit der im Globalen Norden, in Deutschland, verknüpft.



Eingang zum Gelände des Zentrums in Roßdorf bei Darmstadt.

Dabei müssen viele Faktoren berücksichtigt werden, um weltweit gute Lebensbedingungen für Menschen, Tiere und Pflanzen zu schaffen. Deshalb stehen beim Zentrum neben den grünen Technologien auch Themen wie der Erhalt von Ökosystemen, Wiederaufforstung, Artenschutz, Armutsbekämpfung, Ernährungssicherung sowie Bildung auf der Agenda der Projektarbeit. All diese Themen sollen dabei direkt und greifbar an die Menschen in der Region Darmstadt herangetragen werden. Das Zentrum möchte dazu motivieren, auch selbst aktiv zu werden und sich für mehr Nachhaltigkeit zu engagieren.

ZUSAMMENARBEIT MIT PARTNER*INNE IM GLOBALEN SÜDEN

Das Zentrum in Darmstadt ist auch Sitz der »Wild Land – Wild Spirit Foundation«. Dieser geht es einerseits um den Erhalt von Wildnis und Biodiversität in verschiedenen Regionen der Welt, andererseits soll aber auch vom Wissen der dort lebenden indigenen Bevölkerung über Nachhaltigkeit gelernt werden.

Kontakt:

www.zentrum-globale-nachhaltigkeit.de
www.wildland-wildspirit.org
www.wildcats-elephants-people.org

Menschenwürdige Arbeit & Wirtschaftswachstum

Jeder Mensch hat das Recht auf Arbeit, freie Berufswahl, angemessene Arbeitsbedingungen sowie auf Schutz vor Arbeitslosigkeit. Das Recht auf menschenwürdige Arbeit (»decent work«) ist in der UN-Menschenrechtscharta in Artikel 23 festgeschrieben. Die allermeisten Arbeitsverhältnisse, insbesondere im informellen Sektor oder bei den anwachsenden Gruppen der Wanderarbeitnehmer*innen und prekär Beschäftigten, sind jedoch weit von diesem Menschenrecht entfernt. Dabei ist menschenwürdige Arbeit entscheidend für ein nachhaltiges und inklusives Wirtschaftswachstum und damit auch für die Bekämpfung von Armut (siehe SDG 1). Durch internationale Anstrengung und Kooperation zur Umsetzung des SDG 8 soll deshalb nicht nur inklusives und nachhaltiges Wirtschaftswachstum, sondern auch produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle gefördert werden.

Bis 2030 sollen unter anderen folgende Unterziele erreicht werden:

- Produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle Frauen und Männer, für junge Menschen und Menschen mit Behinderung.
- Für gleichwertige Arbeit soll gleiche Lohnzahlung für alle erreicht werden.
- Der Anteil von jungen Menschen, die ohne Beschäftigung sind und keine Schul- oder Berufsausbildung durchlaufen, soll bereits bis zum Jahr 2020 deutlich abnehmen.
- Arbeitsrechte müssen geschützt und für die Förderung einer sicheren Arbeitsumgebung für alle Arbeiter*innen gesorgt werden.
- Eine entwicklungsorientierte Politik soll die produktive Tätigkeit, die Schaffung von menschenwürdigen Arbeitsplätzen, Unternehmertum, Kreativität und Innovation unterstützen und fördern.

»Die allermeisten Arbeitsverhältnisse sind jedoch weit von diesem Menschenrecht entfernt.«



Was heißt das für Hessen?

Auch in Hessen wird auf die Notwendigkeit von Wirtschaftswachstum verwiesen, damit Lohnarbeit für alle gewährleistet werden kann. Allerdings ist keineswegs unstrittig, ob und wie Wirtschaftswachstum und sozial-ökologische Nachhaltigkeit überhaupt zusammenpassen. Hessen setzt hier auf die sogenannte Green Economy und die Entwicklung einer umfassenden Ressourcenschutzstrategie. Dadurch sollen innerhalb der bestehenden, auf Wachstum ausgelegten Wirtschaftsstrukturen, Ressourcen mit neuen Technologien effizienter genutzt werden. Allerdings wurde der ›Deutsche Erdüberlastungstag 2018‹ – also der Tag im Jahr, an dem die regenerierbaren Ressourcen eines ganzen Jahres vollständig aufgebraucht wären – rechnerisch bereits am 2. Mai erreicht. Dies ist ein deutliches Signal dafür, dass die hessische Wirtschaft wie auch der private Konsum viel stärker reduziert und umgebaut werden müssten.

Auch hinsichtlich der Forderung nach menschenwürdiger Arbeit steht Hessen vor Herausforderungen. So etwa mit Blick

auf die Beschäftigung von Pflegekräften in der häuslichen Pflege, von Erntehelfer*innen in der hessischen Landwirtschaft oder von Tagelöhner*innen auf hessischen Baustellen. Aber auch in den formellen Beschäftigungsfeldern gibt es menschenunwürdige Niedriglohn- und Minijobs, Werkverträge und befristete Arbeitsverhältnisse. Die Landesregierung kann hier durchaus Einfluss nehmen. Eine Möglichkeit stellt zum Beispiel das Hessische Tariftreue- und Vergabegesetz dar, das die Einhaltung der Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) bei Dienstleistern wie deren Zulieferern zur Vergabebedingung machen könnte.

Wie die folgenden zwei Beispiele zeigen, setzen sich aber auch zivilgesellschaftliche Projekte in Hessen für menschenwürdige Arbeit weltweit ein.

Gemeinsame Apfelernte auf der Streuobstwiese.



8 GUTE BEISPIELE AUS HESSEN

GIESSEN

Arbeitsloseninitiative Gießen e.V. (ALI)

ALI ist eine Selbstorganisation von Menschen ohne Erwerbsarbeit und wurde 1986 als eingetragener Verein gegründet. Unterstützt von den Gewerkschaften und Kirchen ist sie inzwischen als Anlaufstelle und soziale Einrichtung fester Bestandteil im Hilfesystem der Stadt und des Landkreises Gießen.

Neben solider Beratung, Beschäftigungsprojekten und Unterstützung bei Bewerbungen, versucht der Verein durch Selbstermächtigung von Einzelnen und Gruppen den negativen Folgen der Arbeitslosigkeit für die Betroffenen zu begegnen. Die Hilfsangebote zur Erarbeitung individueller Zukunftsperspektiven für eine Rückkehr in die Erwerbsarbeit werden flankiert von politischen Forderungen, Armut zu bekämpfen, menschenwürdige Arbeit zu schaffen und Ungleichheiten abzubauen.

ALI spricht Betroffene und Ehrenamtliche an und unterstützt u.a. mit Angeboten wie dem globalisierungskritischen Brunch, kostenfreier juristischer Beratung, dem Repair-Café für Textilien oder einem Spanisch-Kurs.

Die Arbeitsloseninitiative engagiert sich auch in der Bildungsarbeit für das Thema Nachhaltigkeit. So ist ALI mittlerweile ein fester Bestandteil des jährlich stattfindenden Filmfestivals »Globale Mittelhessen«. Lokalpolitisch mischt sich der Verein ebenfalls ein, etwa mit einem Projekt, dass die Einführung eines Mehrweg-Pfandsystems für Pappbecher fordert. Nicht zuletzt verbindet ALI die Selbstorganisation von Arbeitslosen auch mit ganz praktischen Nachhaltigkeitsprojekten wie z.B. die naturnahe Pflege einer Streuobstwiese.

Kontakt:

www.ali-giessen.de

Kochprojekt im ALI-Café.





Summer School an der University of Cape Coast, Ghana.

KASSEL

International Center for Development and Decent Work (ICDD)

Das 2009 gegründete ICDD mit Hauptsitz in Kassel hat einen klaren forschungs- aber auch gesellschafts- und arbeitspolitischen Auftrag, der gleich mehrere SDGs in den Blick nimmt. Als internationaler Forschungsverbund arbeitet das ICDD in direkter Kooperation mit der Internationalen Arbeitsorganisation der Vereinten Nationen (ILO). Es konzentriert seine Forschung auf Probleme bei der Erreichung menschenwürdiger Arbeit und die Herausforderungen einer fairen Globalisierung im Bereich Arbeit.

Einer der Schwerpunkte liegt dabei auf den sozial-ökologischen Herausforderungen ländlicher Entwicklung wie z.B. Ernährungssicherheit, Landflucht, der Zerstörung von Umwelt und fruchtbaren Böden. Auch die Bearbeitung von Geschlechterungleichheit innerhalb der Decent Work-Agenda ist zentral. Die Themen werden in Zusammenarbeit mit Kolleg*innen aus Indien, Pakistan, Ghana, Kenia, Südafrika, Mexiko und Brasilien aus den Sozial-, Wirtschafts- und Agrarwissenschaften bearbeitet. Weitere Forschungscluster beschäftigen sich mit Ressourcenabbau, ländlicher Wohlfahrt oder auch damit, wie Entwicklungszusammenarbeit

neu gedacht werden kann. Dank des transnationalen Forschungszusammenhangs können die konkreten Probleme im Zusammenhang mit globalen Transformationsprozessen betrachtet und übergreifende Ideen und Empfehlungen entwickelt werden.

Diese problemorientierte Expertise soll aber nicht nur innerhalb der akademischen Diskussionen verbleiben. Postgraduierte aus dem Globalen Süden werden daher gezielt gefördert, um anschließend als Multiplikator*innen in öffentlichen, zivilgesellschaftlichen, privatwirtschaftlichen oder akademischen Organisationen Positionen zu übernehmen. Sie sollen von dort aus zur Erreichung würdiger Arbeit und nachhaltiger Entwicklung beitragen.

MENSCHENWÜRDIGE ARBEIT / DECENT WORK

Das Konzept der menschenwürdigen Arbeit enthält vier richtungsweisende Dimensionen einer fairen Globalisierung im Bereich der Arbeit: 1. Vollbeschäftigung, 2. Anerkennung von Arbeitnehmer*innenrechten, 3. Soziale Sicherung, 4. Sozialer Dialog. (ICDD)

Kontakt:

www.icdd.uni-kassel.de

Industrie, Innovation und Infrastruktur

Zahlreiche Länder des Globalen Südens bauen inzwischen eigene Industriezweige auf, um ihre Rolle als Rohstoffproduzenten zu überwinden. Parallel zu diesen Industrialisierungsprozessen stehen milliarden-schwere Infrastrukturprojekte an. Mit SDG 9 wird angestrebt, eine breitenwirksame und möglichst nachhaltige Industrialisierung zu fördern, entsprechende Innovationen zu unterstützen und widerstandsfähige Infrastruktur aufzubauen. Damit kleinere Unternehmen des Globalen Südens dabei nicht den Anschluss verpassen, soll ihnen ein besserer Zugang zu Finanzdienstleistungen sowie eine stärkere Einbindung in Wertschöpfungsketten und Märkte ermöglicht werden. Eine weltweit nachhaltige Entwicklung in diesem Bereich braucht aber auch den Auf- und Ausbau ökologischer sowie für alle zugängliche und bezahlbare Verkehrsinfrastrukturen.

Bis 2030 sollen unter anderen folgende Unterziele erreicht werden:

- Der Aufbau einer hochwertigen, nachhaltigen und widerstandsfähigen Infrastruktur – regional und grenzüberschreitend – soll wirtschaftliche Entwicklung und menschliches Wohlergehen unterstützen. Wichtig ist dabei der erschwingliche und gleichberechtigte Zugang für alle.
- Alle Länder sollen ihre Infrastruktur modernisieren und entsprechend ihrer Möglichkeiten mit effizienterem Ressourceneinsatz sowie durch umweltverträgliche Technologien und Industrieprozesse nachhaltiger gestalten.
- Durch finanzielle und personelle Förderung sollen die wissenschaftliche Forschung verbessert und die technologischen Kapazitäten der Industriesektoren in allen Ländern ausgebaut werden.
- Angestrebt wird, den Zugang zur Informations- und Kommunikationstechnologie erheblich zu erweitern und auch den sogenannten »am wenigsten entwickelten Ländern« bis 2020 einen allgemeinen und erschwinglichen Zugang zum Internet bereitzustellen.



Was heißt das für Hessen?

Damit Hessens Infrastruktur und Industrie im Sinne der SDGs global wie lokal nachhaltiger und widerstandsfähiger wird, sollte der Wirtschaftsstandort Hessen verstärkt sozial und ökologisch innovative Start-ups und Unternehmen fördern. Aber auch eine Stärkung lokaler Wertschöpfungen würde sich günstig auf eine Entwicklung in diese Richtung auswirken. So könnten zum Beispiel die kleinbäuerliche Ökolandwirtschaft oder ressourcenschonende Initiativen wie Reparaturwerkstätten stärker unterstützt werden.

Ebenso bräuchte es eine deutliche Förderung und Subventionierung des öffentlichen Personen- und Warenverkehrs, in dem Bahn und Bus Vorrang vor dem Individualverkehr mit PKWs und LKWs haben. Ergänzt werden könnte dies durch eine breitflächig installierte Fahrrad-Infrastruktur mit E-Bikes, hybridangetriebenen

Pedelecs und Lastenrädern sowie die stärkere Förderung von Car- und Bikesharing. Diese Angebote sollten durch faire Preise auch für die breite Bevölkerung zugänglich sein. Aktuell nehmen auch Diskussionen über die Idee eines kostenfreien Nahverkehrs zu. Sie zeigen Wege auf, wie die Verkehrs-Infrastruktur konsequent nachhaltig verändert werden könnte.

Um SDG 9 über die eigene Region hinaus Rechnung zu tragen, sollte Hessen außerdem vermehrt transnationale Kooperationen im Bereich Infrastrukturaufbau und -erhalt unterstützen.

Innovative Geschäftsmodelle mit Lastenrädern unterstützen den Aufbau nachhaltiger Verkehrsinfrastruktur.



9 GUTE BEISPIELE AUS HESSEN

MODAUTAL

Gemüsegarten Hoxhohl

Seit dem Frühsommer 2017 versorgt ein kleiner »Ein-Frau«-Betrieb nach dem Prinzip der solidarischen Landwirtschaft (So-LaWi – siehe Kasten) eine feste Gruppe an Verbraucher*innen mit frischem, lokalem und saisonalem Gemüse. Auf einem kleinen Acker baut Gärtnerin Vivian Glover 40 verschiedene Gemüsesorten nach biologischen Prinzipien an. Dabei geht sie besonders ressourcenschonend vor: Auf nur 2000 Quadratmetern versorgt sie derzeit 55 Haushalte in der Umgebung ganzjährig mit Gemüse. Auch werden samenfeste Sorten genutzt, was bedeutet, dass aus ihrem Saatgut Pflanzen wachsen, die dieselben Eigenschaften und Gestalt haben, wie die Elternpflanzen. Sie werden durch Wind oder Insekten natürlich bestäubt. Dadurch sind Produzentin und Konsument*innen zusammen unabhängig von großen Konzernen und können sich selber mit Gemüse versorgen.

Ernte von Lagermöhren im Herbst 2017.



Der kleinbäuerliche Betrieb stellt somit einen Gegenentwurf zur zunehmenden Industrialisierung der Landwirtschaft dar. Wie in SDG 9 gefordert, entsteht so eine »hochwertige, verlässliche, nachhaltige und widerstandsfähige Infrastruktur« für den Bereich Ernährung. Die Gärtnerin orientiert sich am Bedarf der Verbraucher*innen und produziert nur das, was vorher abgesprochen wird. Damit ist sie nicht abhängig von einer sich plötzlich ändernden Nachfrage und entsprechenden Preisschwankungen. Überproduktion sowie Bedarfsfehlschätzungen und damit Lebensmittelverschwendung treten somit gar nicht auf.

Der Gemüsegarten Hoxhohl ist außerdem ein Bildungsort für zukunftsfähigen Gemüseanbau: Es finden Führungen und Vorträge statt, Interessierte können Praktika absolvieren und es gibt eine Zusammenarbeit mit den örtlichen Kindergärten. So kann Bildungsarbeit zu nachhaltiger Ernährung und Lebensmittelerzeugung am konkreten »Ort des Geschehens« stattfinden.

SOLIDARISCHE LANDWIRTSCHAFT (SOLAWI)

Lebensmittel werden nicht über den Markt vertrieben, sondern fließen in einen eigenen, transparenten Wirtschaftskreislauf, der von den Teilnehmer*innen mit organisiert und finanziert wird. Mehrere Privathaushalte tragen die Betriebs- und Anbaukosten, wofür sie im Gegenzug den anteiligen Ernteertrag erhalten. Mehr unter:

www.solidarische-landwirtschaft.org

Kontakt:

www.gemuesegarten-hoxhohl.de



Terra Viva-Mitglieder stellen Saatbomben her, um Bienen und Schmetterlinge anzulocken.



Interessierte beim Sommerfest 2015 am Terra-Viva-Stand.

OFFENBACH

Terra Viva e.V.

»Terra Viva e.V. fördert eine nachhaltige Ernährungsweise und unterstützt kleinbäuerliche, biologisch wirtschaftende Betriebe. Bei der Auswahl der Produkte achten wir auf Saisonalität, Regionalität und Fairen Handel. Wir möchten den bewussten Umgang mit der Natur wieder stärker in unser Alltagswissen integrieren.« (Terra Viva)

Als im Jahr 2013 der einzige Bioladen im Offenbacher Nordend schloss, ging es den Menschen dort wie vielen anderen in Hessen: Sie konnten sich nicht ohne größeren Aufwand mit ökologisch erzeugten Lebensmitteln versorgen. Daher schlossen sich einige ehemalige Kund*innen zusammen und merkten schnell: »Unsere Ziele und Motivationen sind doch vielfältiger und breiter als wir dachten. Gemeinsam wollen wir mehr erreichen, als »nur« Bio-produkte zu kaufen. Wir wollen auch etwas gegen Lebensmittelverschwendung tun, den massiven Verpackungsmüll reduzieren, weniger oder gar keine tierischen Produkte konsumieren, lange Transportwege vermeiden und allgemein energie- und ressourcensparend konsumieren.« Um all diese Ziele umsetzen zu können,

schien den Beteiligten das Konzept einer Foodcoop (siehe Kasten) geeignet.

Sie nahmen Kontakt zu Erzeuger*innen auf, die in der Offenbacher Umgebung saisonale Öko-Lebensmittel herstellen. Auf diese Weise können sie inzwischen viele Produkte des täglichen Bedarfs in angemessenen Mengen frisch und unverpackt von umliegenden Höfen beziehen. Neben dem kollektiven Einkauf, organisiert die Foodcoop auch Informationsveranstaltungen sowie Workshops und berät Interessierte und Initiativen mit ähnlichen Anliegen.

FOODCOOP

In einer Foodcoop schließen sich Personen und Haushalte zum kollektiv organisierten Einkauf von Lebensmitteln zusammen. Die Idee dahinter ist, gemeinsam große Mengen Lebensmittel direkt von den Erzeuger*innen zu beziehen – meist ökologisch, regional und fair.

Kontakt:

www.foodcoop-of.de

<https://terraviva-of.de>

Weniger Ungleichheiten

Weltweit nimmt die soziale und wirtschaftliche Ungleichheit innerhalb eines Staates genauso wie zwischen verschiedenen Staaten drastisch zu. Zunehmende Ungleichheit verschärft die Verarmung und gesellschaftliche Konflikte und schwächt den globalen wie auch lokalen gesellschaftlichen Zusammenhalt. Sie produziert Gewinner*innen und Verlierer*innen, schafft Distanz und übersetzt sich in Verteilungskämpfe und räumliche Abgrenzung zwischen Menschen. Deshalb ist SDG 10 mit seiner Forderung nach der Garantie sozialer, wirtschaftlicher und politischer Inklusion (d.h. die volle Teilhabe in der Gesellschaft) aller Menschen – unabhängig von Alter, Geschlecht, Behinderung, Ethnizität, Herkunft, Religion oder wirtschaftlicher Lage – so entscheidend für die Umsetzung der Agenda 2030.

Bis 2030 sollen unter anderen folgende Unterziele erreicht werden:

- Für die ärmsten 40 Prozent der Weltbevölkerung soll das Einkommenswachstum über den nationalen Durchschnitt angehoben und aufrechterhalten werden.
- Bestehende Ungleichheiten und ihre Auswirkungen müssen reduziert werden. Chancengleichheit ist durch die Abschaffung von diskriminierenden Gesetzen und Politiken sowie durch gezielte Förderpolitiken sicherzustellen.
- Die Kosten für die Rücküberweisungen von Migrant*innen in ihre Heimatländer müssen deutlich gesenkt werden.
- Die Ungleichheit zwischen und innerhalb von Staaten soll durch Entwicklungszusammenarbeit und auch durch Direktinvestitionen, die sich auf ökonomisch besonders schwache Länder konzentrieren, verringert werden.

»Weltweit nimmt die soziale und wirtschaftliche Ungleichheit innerhalb eines Staates genauso wie zwischen verschiedenen Staaten drastisch zu.«



Was heißt das für Hessen?

In der Nachhaltigkeitsstrategie der hessischen Landesregierung spielt die Zielsetzung »weniger Ungleichheit« eine sehr untergeordnete Rolle. Entsprechend gibt es auch keinen Zielindikator, an dem eine Veränderung bestehender Ungleichheit gemessen werden könnte. Vielmehr soll über die Einbürgerung von Ausländern*innen und über die durchschnittliche Verteilung der Einkommen in Hessen lediglich berichtet werden.

Die Einbürgerung bringt Zugewanderten, die ihren Lebensmittelpunkt in Hessen haben, ganz klar Vorteile und verringert ihre rechtliche Ungleichheit gegenüber Menschen, die einen deutschen Pass besitzen. Die Einkommensverteilung bezieht sich allerdings nur auf den Lohnerwerb und bildet die ungleichen Besitzverhältnisse in Hessen daher nicht realistisch ab. Um bestehende Ungleichheiten abzubauen, braucht es auch in Hessen sowohl breit aufgestellte und durchsetzungsfähige Anti-Diskriminierungspolitiken als auch gezielte Förderung, etwa in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Infrastruktur. Ohne eine gerechtere Steuerpolitik und massive öffentliche Investitionen, etwa im sozialen Wohnungsbau oder zum Erhalt und zur Verbesserung öffentlicher Schulen, Schwimmbäder und Erholungsgebiete, öffnet sich die soziale Schere immer weiter und Verteilungskämpfe nehmen zu. Außerdem bräuchte es in Hessen eine stärkere Regulierung der Mieten und Immobilienpreise, um die Verdrängung ökonomisch schwacher Mieter*innen zu stoppen und den sozialen Zusammenhalt zu stärken.

Die staatliche Sparpolitik, wie sie die Hessische Schuldenbremse vorsieht, steht dabei im direkten Widerspruch zum Erhalt der sozialen und technischen Infrastruktur. Auch hier lässt sich vom Globalen Süden lernen. Dort haben viele Länder leidvolle Erfahrungen mit Sparprogrammen und sogenannten Strukturanpassungsmaßnahmen gemacht, durch die viele noch ärmer und wenige noch reicher wurden.



BÜNDNIS FÜR SOZIALE GERECHTIGKEIT



Das Bündnis für Soziale Gerechtigkeit in Hessen wird von rund 30 Organisationen getragen, die sich gemeinsam für eine gerecht gestaltete Gesellschaft einsetzen und eine eigene Sozialcharta entwickelt haben. Nach dem Vorbild des Weltsozialforums von Rio de Janeiro wird alljährlich das »Hessische Sozialforum« organisiert, um entlang wechselnder Themenschwerpunkte die Probleme des Sozialabbaus und der zunehmende Ungleichheiten zu diskutieren und nach Alternativen zu suchen.

10 GUTE BEISPIELE AUS HESSEN

WETZLAR

Atrium e.V.

Atrium e.V. ist ein gemeinnütziger Verein für Blinde und sehbehinderte Menschen, der 2010 gegründet wurde. Zusammen mit dem Partnerverein l'Aveugle Voyant aus der Stadt Kairouan in Tunesien geht es den Aktiven darum, die Vielfalt der Gesellschaft zu einer Selbstverständlichkeit zu machen und Menschen mit Behinderung in ihrer Selbstverwirklichung und Partizipation zu unterstützen.

Atrium erfüllt damit eine der zentralen Forderungen der Agenda 2030, nämlich »niemanden zurückzulassen«. Denn mangelnde oder fehlende Inklusion bedeutet, dass viele Menschen nicht am öffentlichen Leben teilnehmen können. Inklusion braucht individuelle Verantwortung, um Partizipationsmöglichkeiten wahrnehmen und nutzen zu können. Es sind aber auch gesellschaftliche und politische Veränderungen notwendig, um die Lebensbedingungen und die gesellschaftliche Teilhabe von Blinden und sehbehinderten Menschen zu verbessern und die Mehrheitsgesellschaft für deren Belange

zu sensibilisieren. Um Projekte und Informationsveranstaltungen für die Wahrnehmung seiner Ziele in der Öffentlichkeit realisieren zu können, arbeitet der Verein basisorientiert und in Kooperationen. In Zusammenarbeit mit dem Bildungszentrum für Blinde und Sehbehinderte in Nürnberg werden zudem blinde tunesische Frauen zu medizinischen Tastuntersucherinnen für Brustkrebsfrüherkennung ausgebildet. Die Frauen können so ihren überlegenen Tastsinn als besondere Berufsqualifikation nutzen.

In Tunesien engagiert sich Atrium für den Aufbau einer Begegnungsstätte. Der Verein will dort außerdem ein Bildungs- und Kulturzentrum aufbauen, das inklusive Lern- und Freizeitveranstaltungen anbieten soll. Diese sollen Menschen mit Behinderung ihre Existenz sichern und neue Berufsbereiche erschließen. Atrium tritt in Wetzlar und in Kairouan dafür ein, dass Menschen mit und ohne erkennbare Behinderung sich gegenseitig ergänzen und bereichern können.

Kontakt:

www.atrium-ev.org

Beim Workshop »Ohrenblick«.





Treffen des Landesausländerbeirats.

WIESBADEN

Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessen (AGAH) — Landesausländerbeirat

Menschen, mit einem nicht-deutschen Pass bzw. Menschen, die von der Mehrheitsgesellschaft als »Ausländer*innen« wahrgenommen werden, sind immer wieder Diskriminierung, Ungleichbehandlung und Benachteiligung ausgesetzt. Das kann am Arbeitsplatz sein, in der Schule, bei Behörden oder privat, zum Beispiel bei der Wohnungssuche.

Bei individueller Diskriminierung bieten viele antirassistische Initiativen, die Kirchen sowie die kommunalen Ausländerbeiräte persönliche Beratung und direkte Interventionen an. Ergänzend dazu braucht es auch auf der politischen Ebene eine Vertretung für die ausländische Bevölkerung, die auf strukturelle Veränderungen (gesetzlich, ökonomisch, sozial und ideell) hinwirken kann. Diese Funktion hat der Landesausländerbeirat Hessen. Ziel der AGAH ist es, die gesellschaftliche

und rechtliche Situation der Migrant*innen in Hessen zu verbessern, Integration zu fördern und Diskriminierung und Rassismus entgegenzuwirken. Dies geschieht durch einzelne Aktivitäten und Initiativen sowie Stellungnahmen und Eingaben gegenüber der Landesregierung, dem Landtag, den Parteien und der Öffentlichkeit. Die AGAH unterhält einen konstanten Informationsaustausch mit den über 80 örtlichen Ausländerbeiräten in Hessen.

Als die drei größten Herausforderungen für die Arbeit bezeichnet der Landesausländerbeirat die mangelnde strukturelle und finanzielle Ausstattung, die unzureichenden Einwirkungsmöglichkeiten sowie die Vorbehalte gegenüber den Selbstvertretungsorganisationen von Migrant*innen. Deren Selbstorganisation findet überwiegend ehrenamtlich statt. Damit migrantische Vereine und Verbände die vorhandenen Möglichkeiten der Partizipation wirklich ausschöpfen können, bedarf es daher weiterer Förderung und Anerkennung.

Kontakt:

www.agah-hessen.de

Nachhaltige Städte und Gemeinden

Mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung lebt heute in Städten. Hier konzentrieren sich 80 Prozent der globalen Wirtschaftsaktivität und hier werden 75 Prozent der globalen Emissionen verursacht. Durch SDG 11 sollen Städte und Siedlungen lebenswerter und vor allem nachhaltiger gestaltet werden. Ziel ist es, sie sicher, inklusiv und widerstandsfähig gegenüber Katastrophen zu gestalten. Dabei sollen insbesondere die Bedürfnisse von Frauen und Kindern, älteren Menschen und Menschen mit Behinderungen Beachtung finden. Dazu gehört neben der Verfügbarkeit von attraktivem und bezahlbarem Wohnraum auch der Zugang zu Grünflächen und öffentlichen Räumen. Auch der Ausbau und Zugang zu sicheren, bezahlbaren und nachhaltigen Verkehrssystemen für alle ist in SDG 11 enthalten.

Bis 2030 sollen unter anderen folgende Unterziele erreicht werden:

- Der Zugang zu angemessenem, sicherem und bezahlbarem Wohnraum sowie zur Grundversorgung soll für alle sichergestellt werden.
- Städte sollen inklusiver und nachhaltiger gestaltet werden. In die entsprechende Siedlungsplanung sollen möglichst alle Betroffenen einbezogen werden.
- Die von den Städten ausgehende Umweltbelastung soll gesenkt werden. Dabei soll besonders auf die Luftqualität sowie den Umgang mit Abfall geachtet werden.
- Bessere Siedlungsplanungen sollen positive wirtschaftliche, soziale und ökologische Verbindungen zwischen städtischen, stadtnahen und ländlichen Gebieten unterstützen. Das heißt, dass beispielsweise regionale Kreisläufe gestärkt und die Anbindungen an öffentlichen Nah- und Regionalverkehr verbessert werden sollen.
- Bereits bis 2020 soll die Anzahl der Städte und Siedlungen mit Plänen zur Förderung der Inklusion, der Ressourceneffizienz, der Klimaanpassung und der Widerstandsfähigkeit gegenüber Katastrophen deutlich gesteigert werden.



Was heißt das für Hessen?

In Hessen gibt es viele Städte und Gemeinden, die sich dem Thema Nachhaltigkeit verpflichtet haben, auch wenn dabei bisher hauptsächlich ökologische Aspekte in den Blick genommen werden. Einige Kommunen leben nachhaltig gestaltete Zukunft in Ausschnitten bereits vor. Jesberg bei Kassel arbeitet beispielsweise daran, zehn Mobilitätsalternativen zur Nutzung des eigenen PKW aufzubauen. So entstehen dort derzeit Angebote wie das gemeinsame Nutzen von (u.a. auch elektrischen) Fahrzeugen unterschiedlicher Größe oder der Verleih von E-Lastenrädern und Anhängern. Auch verschiedene Fahrgemeinschaften und Mitfahrangebote sowie Mitfahrbänke an den Ortsausgängen oder ein Mitbringdienst für Einkäufe werden ausprobiert.

Vorbildhafte Ansätze und Ideen wie diese gibt es viele. Dennoch bedarf es weiterer politischer Unterstützung, damit zum Beispiel Radverkehr und öffentlicher Personennahverkehr überall Vorrang vor dem Individualverkehr mit PKW erhält. Dies ist noch längst nicht flächendeckend gegeben.

Im Bereich der sozialen Nachhaltigkeit besteht ebenfalls großer Handlungsbedarf. Weil im städtischen Raum Verdrängungsprozesse und Wohnungsnot generell zunehmen, haben sich auch in einigen hessischen Städten Initiativen gegründet, die sich gegen die fortschreitende Gentrifizierung in Städten wehren und sich für ein »Recht auf Stadt für Alle« einsetzen. Es braucht Anstrengungen und insbesondere Stadtentwicklungsprogramme, die sich an den SDGs und den Bedürfnissen der Bewohner*innen orientieren und diese mit in die Planungen einbeziehen. Es gibt bereits Initiativen in Hessen, die hier ihre Expertise einbringen und damit ganz konkret an der nachhaltigen Gestaltung ihrer Umgebung mitwirken könnten.

Über 1000 Menschen demonstrierten am 4. Februar 2017 in Frankfurt für Wohnraum für Alle, solidarisches Miteinander und gegen Ausgrenzung und Verdrängung.



11 GUTE BEISPIELE AUS HESSEN

FRANKFURT AM MAIN

Project Shelter Frankfurt

SDG 11 fordert angemessenen, sicheren und bezahlbaren Wohnraum für jede*n. Auch in wohlhabenden Städten wie Frankfurt leben viele Menschen in prekären Situationen. Eine Initiative, die sich für die Belange dieser Menschen engagiert, nennt sich Project Shelter Frankfurt. Das basisdemokratisch organisierte Projekt sieht sich als Teil einer Bewegung, die sich für mehr Solidarität und Teilhabe für alle Stadtbewohner*innen einsetzt: Eine »Stadt für Alle«.

An erster Stelle steht dabei meist die Unterstützung bei der Suche nach Wohnraum. Die Gruppe versucht außerdem, Fahrräder sowie Fahrkarten für den öffentlichen Stadtverkehr bereitzustellen. Sie kümmert sich um die solidarische Finanzierung von

Lebensmitteln, medizinischer Versorgung sowie Kleidung und unterstützt bei behördlichen Angelegenheiten. Darüber hinaus bietet das Projekt eine Anlaufstelle für das Zusammensein, den gegenseitigen Austausch und für gemeinschaftliche Aktivitäten. Nicht zuletzt unterstützt Project Shelter Migrant*innen dabei, sich zu organisieren, gemeinsame Forderungen zu entwickeln und diese in Form von Aktionen und Demonstrationen in die Öffentlichkeit zu tragen.

So arbeitet die Gruppe, die aus Menschen mit und ohne Flucht- oder Migrationsgeschichte besteht, konkret an solidarischen Möglichkeiten, um gemeinsam gegen Rassismus und Ausgrenzung zu kämpfen.

Kontakt:

www.projectshelter.net

Aktivist*innen von Project Shelter am Campus der Uni Frankfurt in Bockenheim.



Filmemacher Eriberto Gualinga aus Ecuador stellt als Berater für Nachhaltigkeit auf der internationalen Jahreskonferenz des Klima-Bündnis 2015 das alternative Waldschutzkonzept des »Lebenden Waldes« vor.



FRANKFURT AM MAIN

Klima-Bündnis der europäischen Städte mit indigenen Völkern der Regenwälder e.V.

Von menschlichen Siedlungen gehen schwere Umweltbelastungen aus. SDG 11 nimmt daher insbesondere Städte in den Blick. Hier braucht es nachhaltige Pläne, um dem Klimawandel und anderen Herausforderungen zu begegnen. Dies fordert auch das Klima-Bündnis: Seit mehr als 25 Jahren arbeiten Mitgliedskommunen partnerschaftlich mit indigenen Völkern der Regenwälder gemeinsam für das Weltklima. Die Organisation unterstützt europäische Kommunen beim Klimaschutz und setzt sich gemeinsam mit den Menschen Amazoniens für den Erhalt und Schutz des Weltnaturerbes Regenwald ein. Ziel ist es, die Treibhausgasemissionen in den Kommunen alle fünf Jahre um zehn Prozent zu reduzieren. Dies soll durch konkrete Klimaschutzmaßnahmen, Bewusstseinsbildung oder den Verzicht auf Tropenholz aus Raubbau erreicht werden.

Viele Bewohner*innen im Amazonasgebiet nutzen ihren Wald nachhaltig und verfügen über tiefgreifende Kenntnisse ihrer Umwelt. Sie sind daher am besten in der Lage, Klimaschutz auf ihren Territorien praktisch umzusetzen und Raubbau zu verhindern. Dazu brauchen sie aber auch globale politische Unterstützung, die ihnen unter anderem das Klima-Bündnis ermöglicht.

In Deutschland zählt das Klima-Bündnis über 500 Mitglieder. Unter ihnen befinden sich 56 Kommunen aus Hessen. Viele von ihnen haben bereits eigene Verpflichtungen zur Erreichung der SDGs verabschiedet.

BROSCHÜRENHINWEIS

In der Broschüre »Transformation unserer Welt – Städte und Gemeinden für globale Nachhaltigkeit« finden sich viele Beispiele dazu, wie Mitgliedskommunen die Umsetzung der SDGs lokal angehen. Zu finden unter: www.bit.ly/2K6GO3y

Kontakt:

www.klimabuendnis.org

Nachhaltige/r Konsum und Produktion

Der Wandel zu einer Wirtschafts- und Lebensweise, welche die natürlichen Grenzen unseres Planeten respektiert, kann nur gelingen, wenn wir unsere Konsumgewohnheiten und Produktionsmuster umstellen. Angestrebt wird daher bei SDG 12 neben einem stärkeren Bewusstsein für eine harmonische Lebensweise mit der Natur auch eine nachhaltige und effiziente Bewirtschaftung und Nutzung der natürlichen Ressourcen. Ebenso wichtig wie die Entwicklung nachhaltiger Verfahren in der Produktion ist dazu die Umsetzung international gültiger Regeln für Gesundheits- und Umweltschutz.

Bis 2030 sollen unter anderen folgende Unterziele erreicht werden:

- Unternehmen sollen dazu gebracht werden, nachhaltige Verfahren einzuführen.
- Durch Innovationen und (internationale) Zusammenarbeit sollen Wege gefunden werden, damit die Wirtschaft weiter wachsen kann, ohne dass auch der Verbrauch von Ressourcen entsprechend steigt. Etwa durch Umsetzung eines internationalen 10-Jahres-Programmrahmens für nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster (10YFP)
- Nahrungsmittelverschwendung soll sowohl bei Verbraucher*innen als auch beim Einzelhandel verringert werden. Auch Verluste von Ernten und Nahrungsmitteln entlang der Produktions- und Lieferkette, also zum Beispiel bei der Herstellung und beim Transport, sollen weltweit halbiert werden.

Müllvermeidung statt Abfrackprämie!





- Das Abfallaufkommen soll durch Vermeidung, Verminderung, Wiederverwertung und Wiederverwendung deutlich verringert werden.
- Im Globalen Süden sollen technisches und wissenschaftliches Wissen und Fähigkeiten sowie der Sektor nachhaltiger Tourismus zur Förderung nachhaltiger Entwicklung aufgebaut und erweitert werden.
- Eine sozial verträgliche Kürzung von Subventionen für fossile Brennstoffe soll nachhaltige Entwicklung global fördern

Was heißt das für Hessen?

In Übereinstimmung mit den Ansprüchen der hessischen Nachhaltigkeitsstrategie und den hessischen Leitlinien zur Entwicklungszusammenarbeit sollte auch Hessen eine Führungsrolle im Bereich des nachhaltigen Konsums und der nachhaltigen Produktion einnehmen. Im Bereich des öffentlichen Einkaufs wäre dies gut möglich. Doch noch zu wenige hessische Behörden berücksichtigen bei der Beschaffung von elektrischen Geräten, Arbeitskleidung oder Lebensmitteln soziale und ökologische Fragestellungen und Standards. Die Landesregierung müsste gesetzliche Regelungen hierzu klarer und bindender gestalten, damit öffentliche Einrichtungen sozial-ökologische Kriterien beim Einkauf konsequent berücksichtigen werden. Weitere wichtige

Schritte in Richtung nachhaltiger Konsum- und Produktionsmuster wären die gezielte Unterstützung von biologischen, fairen und regionalen Produkten (»bio-regio-fair«). Notwendig wäre auch die Förderung von Aktivitäten, die das Bewusstsein für nachhaltige Produktions- und Lebensweisen stärken. Gemäß des Unterziels 12.6 ist auch das Land dazu verpflichtet, Unternehmen dazu anzuhalten, nachhaltige Verfahren einzuführen und darüber zu berichten.

Denn nicht nur das Land, auch Unternehmen und Bürger*innen müssen sich dringend stärker engagieren: Etwa in Bezug auf nachhaltige Produktions- und Lieferketten oder beim Thema Nahrungsmittelverschwendung, Müllvermeidung und Recycling. Gute Beispiele dafür gibt es bereits. Auch in Hessen gehen zahlreiche Initiativen mit gutem Beispiel voran. Diese Veränderungen müssen lokal und global angegangen werden, durch Beachtung sozialer und ökologischer Standards in der Wirtschaft, aber auch durch den internationalen Austausch und das gemeinsame Entwickeln guter Ideen und Lebensweisen.

12 GUTE BEISPIELE AUS HESSEN

FRONHAUSEN

Allmende Holzhausen e.V.

Viele regionale Ressourcen werden aufgrund fehlender Strukturen, verloren gegangenen Wissen und mangelnder Zeit nicht genutzt. Für einen lokal-orientierteren und damit nachhaltigen Lebensstil sind sie jedoch von großer Bedeutung. Allmende Holzhausen e.V. möchte deshalb solche Strukturen aufbauen, Wissen bewahren und bereitstellen und durch nachbarschaftliche Organisation ein Modell zur Nutzbarmachung von Gemeingütern erarbeiten und verstetigen. Ziel ist es, das kleine mittelhessische Holzhausen zu einem Vorzeigemodell für nachbarschaftliche Selbstorganisation in den Bereichen Ernährung, Energie, Heizen, Wohnen, Bildung, Flächennutzung und Mobilität zu machen.

Lokale Stoffkreisläufe und Netzwerke werden dazu wiederbelebt und gestärkt. Dazu gehört zum Beispiel die lokale Erzeugung, Weiterverarbeitung und das Haltbarmachen von Lebensmitteln sowie das Bewahren und Vermitteln von Wissen. Ganz im Sinne des SDG 12 geht es um die nachhaltige Gestaltung dörflicher Konsum- und Produktionsmuster sowie um die Suche nach einem nachhaltigen Lebensstil.

Konkret wurde inzwischen ein Naturkindergarten gegründet, welcher bei schlechtem Wetter im Dorfgemeinschaftshaus unterkommt. Außerdem ist eine Einmachküche in Vorbereitung, in der regionale Überschüsse verwertet werden. Des Weiteren plant der Verein momentan die Gründung eines Regionalladens mit begleitenden Vorträgen und Seminaren.

ALLMENDE



Der Begriff meint historisch »gemeinsam genutzte Flächen und Güter« wie beispielsweise Wälder und Wiesen im gemeinsamen Besitz. Aktuelle Diskussionen zu Gemeingütern, auch »Commons« genannt, und Gemeingüterökonomie nehmen vermehrt die sozialen Herausforderungen gemeinsamer Verantwortung und Nutzung in den Blick und erweitern die Perspektive von Flächen beispielsweise auf die gemeinsame Nutzung von Ideen, Wasser, Strom, Software, usw.

Kontakt:

www.allmende-holzhausen.de

Permakultur praktisch: Bau eines Hügelbeetes in Holzhausen.





Aus kaputt mach wieder brauchbar: Reparaturen ganz praktisch im Café.

BENSHEIM

Repair Café Bergstraße e.V.

»Wir verbrauchen immer schneller die Rohstoffe dieser Erde obwohl es klar ist, dass diese nicht unendlich vorhanden sein werden. Um billige Rohstoffe zu erhalten werden menschenunwürdige Arbeitsbedingungen in vielen Teilen der Welt toleriert. Auch die Entsorgung von Elektroschrott, oft im Globalen Süden, erfolgt unter gesundheitsgefährdenden und umweltzerstörenden Bedingungen. Recycling findet nur für einen Teil der Geräte statt. Selbst wenn man alle Geräte recyceln würde, müsste dafür ein hoher Energieverbrauch aufgebracht werden. Dieser könnte durch längere Nutzungsdauern erheblich verringert werden.

Das Repair Café wurde gegründet um etwas gegen diese ressourcenverschlingende Wegwerfgesellschaft zu unternehmen. Aber auch der soziale Gedanke, Menschen in der Umgebung mit Fachwissen helfen zu können, spielte eine wichtige Rolle.

Im Mittelpunkt der Aktivitäten stehen die Repair-Café-Nachmittage. Hier reparieren wir Elektrogeräte, Kleidungsstücke und vieles mehr. Im Idealfall repariert die*der Besitzer*in des Geräts mit und erwirbt somit selbst Reparaturkompetenz. Alles ist kostenlos, wer möchte, kann etwas spen-

den. Zusätzlich bieten wir immer wieder die Gelegenheit zu Tausch- und Verschenkermärkten. So hatten wir unter anderem schon Pflanzen-, Weihnachtsdeko- und Kleidertauschaktionen im Café.

Sehr erfolgreich ist auch das Angebot ›Repair Kids«. Hierbei begeistern wir Kinder zwischen 9 und 12 Jahren an verschiedenen Lernstationen – wie Fahrrad reparieren, ›Computer von innen«, löten und so weiter – für das Reparieren.« (Repair Café Bergstraße)

WUNSCH AN DIE POLITIK



»Von der Politik wünschen wir uns, dass etwas dagegen unternommen wird, dass Herstellerfirmen absichtlich Sollbruchstellen oder Abschaltprogrammierungen in ihre Geräte einbauen und sie deshalb früher zu Müll werden müssen. Die bundesweit vernetzte Repair Café Bewegung arbeitet selbst an der Erstellung eines Siegels, das Geräte auszeichnen soll, die lange haltbar sind.«

Kontakt:

www.repaircafe-bergstrasse.de

Maßnahmen zum Klimaschutz

Klimawandel stoppt nicht an Ländergrenzen und seine Auswirkungen beschränken sich nicht auf einzelne Politikfelder, Wirtschaftszweige oder soziale Gruppen. Im Pazifik werden Küsten und damit Siedlungsgebiete wieder zu Meeresgebiet. Auch Stürme und Tsunamis nehmen zu. Gleichzeitig breiten sich anderenorts die Wüsten aus, und immer häufigere Dürrezeiten machen das Überleben durch Landwirtschaft und Viehhaltung fast unmöglich. Während in den reicheren Ländern mehr Ressourcen zur Verfügung stehen, um die Auswirkungen abzufedern oder

Anpassungsstrategien zu entwickeln, trifft der Klimawandel die armen Menschen im Globalen Süden mit voller Wucht. Bereits jetzt wird die Zahl der Menschen, die klimabedingt zu Flucht und Migration gezwungen sind, auf mindestens 20 Millionen Menschen geschätzt. Mit SDG 13 sollen daher umgehende Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und seiner Auswirkungen ergriffen werden. Erfolgreicher Klimaschutz muss dabei die zahlreichen Wechselwirkungen berücksichtigen, die sich aus dem Klimawandel für Mensch und Natur ergeben.

COP23 – Klima-Kohle-Demo in Bonn.





Bis 2030 sollen unter anderen folgende Unterziele erreicht werden:

- Die Widerstandskraft und die Anpassungsfähigkeit gegenüber klimabedingten Gefahren und Naturkatastrophen soll in allen Ländern gestärkt werden.
- Klimaschutzmaßnahmen sollen in die nationalen politischen Strategien und Planungen einbezogen werden.
- Die Aufklärung und Sensibilisierung für das Thema Klimawandel soll verbessert werden. Dafür sollen personelle wie institutionelle Kapazitäten zur Abschwächung des Klimawandels, zur Reduzierung der Klimaauswirkungen, zur Klimaanpassung sowie für die Frühwarnung ausgebaut werden.

Was heißt das für Hessen?

SDG 13 enthält im Wesentlichen die Empfehlungen, dringend benötigte finanzielle Mittel aufzubringen sowie Kapazitäten auszubauen, um effektiven Klimaschutz betreiben zu können. Diese Ausrichtung ist auch vor dem Hintergrund der UN-Klimakonferenz (COP 21) im Dezember 2015 in Paris zu sehen. Im abschließenden Klimaabkommen wurden Beschlüsse, wie etwa die Begrenzung der Erwärmung auf (möglichst) 1,5° C gegenüber dem vorindustriellen Niveau, gefasst.

Ebenfalls im Jahr 2015 wurde in Hessen »Klimaschutz und Klimawandelanpassung« als Schwerpunktthema in die Nachhaltigkeitsstrategie aufgenommen und konkrete Ziele für die lokale Umsetzung formuliert: Die für die Atmosphäre gefährlichsten Treibhausgase Methan, Kohlendioxid und Lachgas sollen gegenüber den Werten von 1990 um 40 Prozent gesenkt werden. Zudem hat sich Hessen das Ziel gesetzt, »Musterland für Erneuerbare Energien« zu werden. Deren Anteil soll in den Bereichen Industrie, Haushalte und übrige Verbraucher (Ausnahme bildet der Verkehrssektor) auf 20 Prozent erhöht werden. Der Endenergieverbrauch gegenüber 2006 soll dagegen um 20 Prozent fallen. Auch der motorisierte Individualverkehr soll verringert und die Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs sowie des Fahrrads gesteigert werden.

Um das 1,5° Ziel der Pariser Klimakonferenz zu erreichen, braucht es jedoch einen radikaleren Wandel – nicht nur im Bereich des privaten Konsums, sondern vor allem auch in der Produktion und bei den Dienstleistungen. Die Zivilgesellschaft kann hier zu einem allmählichen Bewusstseinswandel beitragen. Sie muss sich aber auch mit kreativem Protest gegen umwelt- und klimaschädliche wirtschaftspolitische Projekte stellen. Ebenso gilt es, gemeinsames Wissen aus Nord-Süd-Kooperationen fruchtbar zu machen, wenn über die globalen Auswirkungen unseres Handelns in Hessen aufgeklärt wird.

13 GUTE BEISPIELE AUS HESSEN

WETZLAR / DHAKA

NETZ Partnerschaft für Entwicklung und Gerechtigkeit e.V.

Menschenwürde und Selbstbestimmung sind die leitenden Prinzipien der seit 25 Jahren dauernden Nord-Süd-Kooperation zwischen NETZ aus Wetzlar und dem NETZ Country Office in Dhaka, der Hauptstadt Bangladeschs. Gemeinsam arbeiten die Partnerorganisationen am Aufbau nachhaltiger Selbstversorgungstrukturen zur Bekämpfung von Armut und Hunger, für schulische Grundbildung und für die Verwirklichung der Menschenrechte, insbesondere von Frauen und indigenen Minderheiten.

Als Reaktion auf das Ansteigen des Meeresspiegels sowie die immer häufiger auftretenden Flutkatastrophen engagieren sich die NETZ-Partner*innen auch zunehmend in der Katastrophenhilfe. Parallel dazu hat sich ein Projektschwerpunkt herausgebildet, der sich »Klima wandeln« nennt. Hier werden durch die fachlich begleitete

Anpflanzung von Nutzbäumen, welche an einzelne Familien gespendet werden, Klimaschutz mit Armutsbekämpfung gekoppelt. Ergänzt wird diese Unterstützung durch Fortbildungen über Ursachen und Auswirkungen der Klimaveränderung sowie über Vorsorge für den Katastrophenfall.

Innerhalb der Nord-Süd-Zusammenarbeit bringen die einheimischen Projektpartner*innen in Bangladesch die Projektvorschläge ein und betreuen diese. Der Trägerverein in Deutschland mit seinen 6.000 Freiwilligen und einer hauptamtlichen Geschäftsstelle stellt einerseits die Geldmittel für die Programme bereit, andererseits engagiert er sich in der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit und der Entsendung von Ehrenamtlichen im Rahmen von Freiwilligendiensten. Anspruch hierbei ist, ein differenziertes Verständnis von Entwicklungszusammenarbeit und eine kritische Auseinandersetzung mit globalen Herausforderungen zu fördern.

Kontakt:

www.bangladesch.org

Schutzmaßnahmen gegen die Folgen des Klimawandels im Norden von Bangladesch





Tag des Baumes in Monte Alto.

FRANKFURT AM MAIN

Tropica Verde e.V.

Tropica Verde engagiert sich durch Wiederbewaldung, Artenschutz und nachhaltige Bildungsarbeit für den Schutz und Erhalt des Regenwaldes in Costa Rica. Der Erhalt des Regenwaldes ist ein entscheidender Faktor für den globalen Klimaschutz. Zur Verdeutlichung: Kohlendioxid (CO₂) ist hauptverantwortlich für den Klimawandel. Ein Hektar Wald entzieht der Atmosphäre jährlich bis zu 13 Tonnen dieses schädlichen Treibhausgases.

Costa Rica hat 27 Prozent seiner Fläche unter Naturschutz gestellt. Bis zum Jahr 2021, dem 200. Geburtstag des mittelamerikanischen Staates, soll Costa Rica als erstes Land weltweit beim CO₂-Ausstoß eine ausgeglichene Bilanz vorweisen. Das ist ein ambitioniertes Ziel, denn Costa Rica ist gleichzeitig der weltweit führende Ananasexporteur. Für den Ananasanbau werden ökologisch sensible Gebiete und auch Regenwälder gerodet. Der Anbau findet im Auftrag großer Unternehmen wie z.B. Chiquita, Dole oder Del Monte in weitflächigen Monokulturen mit intensi-

vem Pestizideinsatz statt, die Natur wie Mensch und Tier schädigen.

In Abstimmung mit langjährigen Projektpartnern vor Ort tätigt Tropica Verde deshalb gezielt Landkäufe zur Einrichtung von ökologisch wichtigen Schutzkorridoren. Die konkrete Umweltschutzarbeit vor Ort wird sowohl in Costa Rica als auch in Deutschland durch Bildungsarbeit für nachhaltige Entwicklung ergänzt. Auch durch Bewusstseinsarbeit versucht der Verein, der fortschreitenden Zerstörung der Natur in Costa Rica entgegen zu wirken.

KLIMAWANDEL



Der Klimawandel wird durch den zunehmenden Ausstoß von Treibhausgasen wie z.B. Kohlendioxid (CO₂) verursacht. Es kommt zur Erderwärmung mit der Konsequenz erheblicher Veränderungen des Wetters (z.B. Stürme, Hochwasser etc.).

Kontakt:

www.tropica-verde.de

Leben unter Wasser

Ein Großteil der Fläche unseres Planeten ist von Meeren bedeckt. Sie steuern das ökologische Gleichgewicht und nehmen etwa 30 Prozent des weltweiten Kohlendioxid ausstoßes auf. Ozeane und Meere sind ebenso Lebensraum wie Lebensgrundlage. Beides wird durch Überfischung, Verschmutzung, Erwärmung und Versauerung zunehmend massiv bedroht. Mit SDG 14 wird daher angestrebt, bereits bis 2020 Meeres- und Küstenökosysteme nachhaltig zu bewirtschaften und zu schützen.

Bis 2030 sollen unter anderen folgende Unterziele erreicht werden:

- Bis 2025 sollen alle Arten der Meeresverschmutzung – insbesondere durch an Land produzierten Müll sowie Nährstoffbelastung – bekämpft und deutlich reduziert werden.
- Bis 2020 sollen Maßnahmen zur Wiederherstellung und Stärkung der Meeres- und Küstenökosysteme ergriffen werden, damit diese ihr Gleichgewicht besser halten können und die Meere wieder gesund und produktiv werden.

Europäischer Tag der Meere, zivilgesellschaftlicher Gegenkongress mit Gästen aus dem Pazifik.





- Die sogenannte Versauerung der Ozeane durch zu viel Kohlenstoff soll unter anderem durch verstärkte wissenschaftliche Zusammenarbeit auf allen Ebenen reduziert werden.
- Das Themenfeld Meere soll stärker wissenschaftlich untersucht und erforscht werden, um die Gesundheit der Ozeane nachhaltig verbessern zu können.
- Zerstörerische und unkontrollierte Fischfangpraktiken sollen beendet werden, damit die Fischbestände sich erholen können. Gleichzeitig soll sichergestellt werden, dass handwerklich arbeitende Kleinfischer*innen weiterhin fischen und ihre Waren auf dem (Welt-) Markt vertreiben können.

Was heißt das für Hessen?

Auch in Hessen gelangen Plastikteile und anderer Müll in die zahlreichen Zubringerflüsse und damit letztendlich Giftstoffe und Nährstoffbelastungen in die Meere. Damit hat also auch das Handeln der Menschen, der Politik und der Wirtschaft in Hessen großen Einfluss auf den Zustand der Gewässer dieser Erde.

Generell leiden die Ozeane und ihre Bewohner*innen immer stärker unter der steigenden Müllbelastung. Studien zeigen, dass kaum ein Fisch aus den Weltmeeren

gezogen wird, der noch keine Plastikteile zu sich genommen hat. Dabei gibt es durchaus Möglichkeiten, um den Plastikmüll aus Hessen zu reduzieren: Zum Beispiel könnte dafür gesorgt werden, dass im hessischen Einzelhandel deutlich weniger Plastik verwendet wird. Das Land zeichnet zivilgesellschaftliche Initiativen, die in diesem Bereich aktiv sind, zwar bereits aus, doch um SDG 14 wirklich gerecht zu werden, sollten adie Anstrengungen zur Plastikvermeidung auf politischer und wirtschaftlicher Ebene weiter ausgebaut werden. Insbesondere deutliche und bindende Vorschriften für öffentliche Behörden und andere Einrichtungen würden dabei helfen. In den vorhandenen Leitfäden zur öffentlichen Beschaffung für die Mitarbeitenden finden sich meist nur sehr weit auslegbare Formulierungen wie »Verpackungen sollen vermieden werden« oder »Mehrfachverpackungen sind zu bevorzugen.« Außerdem könnte sich Hessen verstärkt für Gesetze einsetzen, die effektiv Müll vermeiden. Mit einer Einwegsteuer, Mehrwegpflicht oder einem Plastikbann könnte der Plastikverbrauch von großen Supermärkte und Hotelketten deutlich reduziert werden. Ebenso würde ein Verbot von Mikroplastik in Kosmetika zum Schutz der Meere beitragen. Und schließlich gibt es auch bei der nachhaltigen Entsorgung und der Wiederverwertung von Müll noch viele Verbesserungsmöglichkeiten.

14 GUTE BEISPIELE AUS HESSEN

FRANKFURT AM MAIN

gramm.genau GmbH

Plastikfrei, nachhaltig und fair – so stellt sich das Frankfurter Start-Up »gramm.genau« die Zukunft des Einkaufens vor. Und so streben es im Rahmen der Agenda 2030 auch die Vereinten Nationen an: infrastrukturelle Innovationen mit sauberen Technologien, die Ressourcen schonen und für Wirtschaft und Menschen einen Mehrgewinn bringen. Gramm.genau liefert Lebensmittel, Haushalts- und Kosmetikprodukte komplett plastikfrei an die Haustür. Abgefüllt in Mehrweggläser oder Baumwollsäckchen und zusammengepackt in wiederverwendbare Jutetaschen, werden Bestellungen ausschließlich per Lastenrad im Stadtgebiet ausgeliefert. Frankfurts Bürotürme versorgt das Social Business mit einer müllfreien Snackbar für Meetings. Mit Blick auf SDG 14 bedeutet das Hoffnung für viele Tiere in den Weltmeeren – denn Plastikmüll, der gar nicht erst entsteht, kann nicht als Mikroplastik in die Weltmeere gelangen. Dabei ist es meistens einfach, wiederverwendbare Behälter zu benutzen. Doch nicht überall gibt es ein entsprechendes Angebot. Ressourcenschonender Einkauf muss endlich alltagstauglich, verfügbar und bequem werden. Handel, Politik und Verbraucher*innen müssen das gemeinsam angehen. Deswegen gründete gramm.genau im Sommer 2017 den Ernährungsrat Frankfurt mit (siehe Kasten). Außerdem greifen die Gründer*innen das Thema ressourcenschonender Konsum in Veranstaltungen, Blogartikeln und Workshops auf. Im Herbst 2018 eröffnet das gramm.genau-Café. Es funktioniert kom-

plett auf dem Prinzip der Kreislaufwirtschaft: ohne Einwegplastik und Lebensmittelverschwendung, dafür mit leckerm Fair-Trade-Kaffee und Bio-Kuchen, einem Sortiment an losen Lebensmitteln, Kosmetik- und Haushaltsartikeln sowie Workshops für groß und klein.

ERNÄHRUNGSRÄTE



Ernährungsräte gibt es inzwischen in vielen Städten und Gemeinden weltweit. Unter dem Motto »Alle an einen Tisch holen, Ernährungsdemokratie schaffen!« verstehen sie sich als Plattformen, bei denen sich verschiedene – meist zivilgesellschaftliche – Akteur*innen zusammensetzen. Ihr Ziel ist, die Versorgung mit Lebensmitteln demokratischer zu gestalten und sich nicht auf die Rolle als passive Konsument*innen reduzieren zu lassen. In Frankfurt und auch in vielen anderen Städten gehört dazu auch, dass Waren möglichst plastikfrei hergestellt und vertrieben werden.

Kontakt:

www.grammgenau.de

#Frankfurt kann müllfrei:
Das Start-Up gramm.genau geht
mit gutem Beispiel voran.

#Frankfurt
kann müllfrei



Leben an Land

Durch die global fortschreitende Entwaldung und den Verlust an fruchtbaren Böden entstehen oder verschärfen sich vielerorts Konflikte um Land, Wasser, Nahrungsmittel und Lebensräume. SDG 15 fordert daher den Erhalt, die Wiederherstellung und die nachhaltige Nutzung von Landökosystemen wie Wald-, Berg-, Feucht- und Trockengebieten. Wälder sollen nachhaltig bewirtschaftet, die Wüstenbildung bekämpft und der Verschlechterung der Bodenqualität sowie dem Verlust der biologischen Vielfalt von Pflanzen und Tieren ein Ende gesetzt werden.

Bis 2030 sollen unter anderen folgende Unterziele erreicht werden:

- Den Zehn-Jahres-Programmrahmen für nachhaltigen Konsum- und Produktionsmuster umsetzen, wobei alle Länder, an der Spitze die entwickelten Länder, Maßnahmen ergreifen, unter Berücksichtigung des Entwicklungsstands und der Kapazität der Entwicklungsländer.
- Es soll eine nachhaltige Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen erreicht werden. Außerdem sollen Unternehmen, insbesondere große und transnationale Konzerne, dazu ermutigt werden, nachhaltige Verfahren einzuführen und in ihre Berichterstattung Nachhaltigkeitsinformationen aufzunehmen.
- Das Abfallaufkommen wird durch Vermeidung, Verminderung, Wiederverwertung und Wiederverwendung deutlich verringert.

»Durch Entwaldung und Verlust an fruchtbaren Böden entstehen oder verschärfen sich Konflikte um Land, Wasser, Nahrungsmittel und Lebensräume.«



Was heißt das für Hessen?

Auch in Hessen bedroht die voranschreitende Bodenversiegelung – also das Bebauen von natürlichen Flächen für Siedlungen und Verkehrswege – die regionale Landwirtschaft, den Erhalt und die Wiederherstellung von natürlichen Lebensräumen sowie die biologische Vielfalt. So sind in den vergangenen 25 Jahren hessenweit bereits mehr als 40.000 Hektar Agrarland versiegelt worden. Seit 1950 sind es sogar knapp 200.000 Hektar – und pro Tag kommen 3 Hektar dazu. Die Naturflächen fallen dabei vor allem Neubaugebieten zum Opfer. Laut des aktuellen hessischen Landesentwicklungsplans soll der Flächenverbrauch von derzeit 3 auf 2,5 Hektar pro Tag reduziert werden. Der BUND Hessen fordert demgegenüber einen kompletten Bebauungsstopp, also die Reduktion des täglichen Flächenverbrauchs auf null oder wenigstens den Vorgaben des Bundes entsprechend auf maximal einen Hektar pro Tag.

Die hessische Nachhaltigkeitsstrategie hat sich prinzipiell der Reduktion der Flächenversiegelung, dem Erhalt der Biodiversität und der Förderung ökologischer Landwirt-

schaft verschrieben. Allerdings braucht es deutlich ehrgeizigere Maßnahmen sowie umfassendere sozial- und umweltverträgliche Strategien, um die selbstgesetzten Ziele auch trotz steigenden Verkehrsaufkommens und ausufernder Baupläne in Städten und Gemeinden umsetzen zu können. Einzelne Projekte zum Schutze von Ökosystemen, wie die Kampagne »Bienenfreundliches Hessen« oder die Biodiversitätsstrategie der Landesregierung, müssten Teil eines ganzheitlichen Ansatzes zum Schutz der Ökosysteme sein und sich damit durch sämtliche Politikfelder ziehen. Dazu braucht es bei der Landesregierung aber auch bei der in Hessen lebenden Bevölkerung ein deutliches Umdenken.

BIODIVERSITÄT



Biodiversität ist ein Themenschwerpunkt der Hessischen Nachhaltigkeitsstrategie, die auch immer wieder mit Kampagnen – wie aktuell der Kampagne #frohNATUR – für Bewusstseinswandel wirbt und zum Mitmachen einlädt.

15 GUTE BEISPIELE AUS HESSEN

BAD VILBEL

Der Bienengrund

In der hessischen Landwirtschaft werden schon lange Chemikalien eingesetzt, um Schädlinge zu bekämpfen. Darunter leiden unter anderem die Bienen, die inzwischen an vielen Orten kein Futter mehr finden. Zusätzlich werden oft in sogenannten Monokulturen immer wieder die gleichen Pflanzen angebaut. Dadurch fehlen Blühpflanzen, die für die Bienen überlebenswichtig sind. Beim Schutz der Landökosysteme spielen Bienen eine zentrale Rolle. Ihr Lebensraum muss daher unbedingt bewahrt und die Aufmerksamkeit für ihren Überlebenskampf erhöht werden.

Eine südhessische Initiative setzt genau hier an und versucht im mehrfachen Sinne einen »Grund mehr für Bienen« zu schaffen: Sie vermittelt Interessierten gute Gründe, warum Bienen essenziell für uns, unsere Umwelt und unser Überleben sind. Außerdem schafft und erhält sie Lebensräume für Bienen. Dazu hat die Initiative 2015 ein Gartengrundstück gepachtet, auf

dem seither geimkert wird. Interessierte können sich vor Ort über Bienen informieren und bei Interesse ein eigenes Volk aufstellen. Der Garten wird nach ökologischen und bienenfreundlichen Gesichtspunkten bewirtschaftet und liefert viele Anregungen für naturnahes Gärtnern. Exemplarisch wurden verschiedene Ökosysteme wie ein Steinhaufen, eine Hecke oder ein Insektenhaus angelegt und beschildert. Die Aktiven entwickeln den Bienengrund damit im doppelten Wortsinn zu einer »Bienen-Botschaft«: Hier können Bienen Schutz und Unterschlupf finden. Gleichzeitig verbreitet der Bienengrund die Botschaft, dass die Biene alle angeht.

Darüber hinaus hat der Garten auch weitgehende soziale Funktionen: Er wird beispielsweise gemeinsam mit Geflüchteten gestaltet. Dabei entstand eine Gemeinschaft, die unter anderem auch internationale Feste im Garten veranstaltet.

Kontakt:

www.imkerverein-badvilbel.de

Interessierte lauschen der »Bienen-Botschaft« und lernen den Lebensraum von Bienen kennen.





Außerschulischer Lernort Tropengewächshaus.

WITZENHAUSEN

WeltGarten

»Der WeltGarten schlägt bei den Themen Biodiversität und ökologische Landwirtschaft die Brücke von der Nutzpflanze über den ökologischen Anbau zum Produkt und zu den Produzent*innen, stellt daraus Bezüge her zum eigenen Leben und möglichen künftigen Handlungsoptionen.« (WeltGarten Witzenhausen)

Biodiversität ist für viele ein kompliziertes Fremdwort und weit weg von den eigenen Alltagserfahrungen. Was Biodiversität jedoch mit uns zu tun hat und wie wir diese nachhaltig nutzen können, thematisiert in Witzenhausen unter anderem eine Entdeckungstour mit dem Titel »Urban Biodiversity Trail«. Die Teilnehmenden können hier Pflanzenvielfalt an ganz alltäglichen (Lern-) Orten entdecken: im Garten, im Supermarkt, im Blumenladen und anderswo. Sie beschäftigen sich in Kleingruppen mit der Nutzung und dem Schutz pflanzlicher Vielfalt, diskutieren ihren Wert und ihre Bedeutung.

Der »Urban Biodiversity Trail« ist ein Beispiel dafür, wie die sechs Institutionen, die das Bildungszentrum WeltGarten tragen, zusammenarbeiten. Durch zahlreiche Bildungsveranstaltungen an außerschuli-

schen Lernorten, durch Beratungen sowie durch Kooperationsangebote zwischen Schule und Lehrer*innenausbildung werden hier Beiträge zur Erreichung der SDGs geleistet. Ganz im Sinne des Globalen Lernens orientiert sich das WeltGarten-Team dabei an den Erfahrungswelten der Lernenden und fördert die Kompetenzen des Erkennens, Bewertens und Handelns: Sie schulen Teilnehmer*innen aller Altersgruppen darin, weltweite ökologische, soziale, ökonomische und politische Zusammenhänge zu erkennen und zu bewerten sowie ein Bewusstsein für die Beziehung zwischen eigenem lokalem Handeln und globalen Prozessen zu entwickeln. Sie motivieren aber vor allem auch dazu, sich aktiv an der Gestaltung einer nachhaltigen Zukunft zu beteiligen.

Kontakt:

www.weltgarten-witzenhausen.de

Auch Multiplikator*innen werden vom WeltGarten fortgebildet.



Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen

Als Antwort auf die weltweit zunehmende Gewalt und kriegerische Auseinandersetzungen erweitert SDG 16 das bisherige Verständnis von Nachhaltigkeit. Im Fokus steht hier, friedliche und inklusive Gesellschaften zu fördern. Alle Menschen sollen Zugang zur Justiz haben und darauf vertrauen können, dass sie gleichermaßen ihre Rechte bekommen – in ihren jeweiligen Ländern sowie international. Zudem sollen Institutionen wie Behörden und Ämter auf allen Ebenen gut funktionieren und ihre Handlungen für die Bürger*innen kontrollierbar sein.

Bis 2030 sollen unter anderen folgende Unterziele erreicht werden:

- Alle Formen der Gewalt und gewaltsame Tode sollen überall deutlich verringert werden.
- Missbrauch und Ausbeutung von Kindern, Kinderhandel, Folter und alle Formen von Gewalt gegen Kinder soll beendet werden.
- Illegaler Waffen- und Finanzhandel soll verringert und Korruption und Bestechung erheblich reduziert werden.

Friedlicher Protest von Aktivist*innen gegen die Münchner Sicherheitskonferenz.





- Entscheidungsprozesse sollen auf allen Ebenen an den Bedürfnissen der Menschen orientiert und partizipativ gestaltet sein. Außerdem sollen alle, insbesondere auch die Länder und Menschen aus dem Globalen Süden, gleichberechtigt an den Entscheidungen darüber, wie globale Politik gestaltet wird, beteiligt sein.
- Die Länder sollen durch internationale Zusammenarbeit dabei unterstützt werden, Gewalt zu verhindern sowie Terrorismus und Kriminalität zu bekämpfen.
- Rechtsvorschriften und die Politik sollen frei sein von Diskriminierungen sowie eine nachhaltige Entwicklung fördern und durchsetzen helfen.

Was heißt das für Hessen?

Auch Hessen muss sein Verständnis von Nachhaltigkeit um die Themen Frieden und Rechtsstaatlichkeit erweitern und konkrete Maßnahmen zur Umsetzung auf den Weg bringen.

Im Sinne der Friedensförderung gilt es beispielsweise, den Umbau der hessischen Rüstungsindustrie zu zivilen Produktionsstätten voran zu treiben. In Nordhessen produzieren mehrere Waffenhersteller unter anderem Panzertürme, die in Saudi-Arabien, Katar und durch die türkische Armee auch im syrischen Afrin zum Einsatz kommen. Auch zivile Konfliktlösung und Friedenspädagogik sollte sowohl in Hessen wie auch durch internationale Kooperationen stärker gefördert werden.

SDG 16 fordert zudem für alle Menschen gleichberechtigten Zugang zu Recht und Justiz sowie den Miteinbezug bei politischen Entscheidungsprozessen. Neuankommende mit Migrations- bzw. Fluchterfahrung wie Menschen mit fehlendem Zugang zu Bildung sind aber von zahlreichen gesellschaftlichen Möglichkeiten ausgeschlossen. Für sie und andere muss in Hessen mehr Inklusion und Partizipation gewährleistet werden: Zum Beispiel durch kostenfreie Beratungen, aber auch, indem Diskurse vermehrt von und mit statt über Betroffene geführt werden. Durch dezentrale Bürger*innenforen könnten generell mehr Menschen an Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozessen beteiligt werden. Auch die Idee von Bürger*innenhaushalten, in denen zivilgesellschaftliche Gruppen einbringen, wofür sie öffentliche Gelder ausgeben wollen, könnte in Hessen aufgegriffen werden.

Ein weiterer Punkt sind die illegalen Finanzströme, die SDG 16 verringern will: Frankfurt am Main liegt auf dem 8. Platz des Schattenfinanzindex des Tax Justice Network. Hessen ist daher auch in der (Mit)Verantwortung, bei der Finanzbehördeneffizienz sowie der Bekämpfung von Steuerhinterziehung und Geldwäsche nachzubessern.

16 GUTE BEISPIELE AUS HESSEN



Eine Kleingruppenarbeit im Rahmen einer Fortbildung.

DIEMELSTADT-WETHEN

gewaltfrei handeln e.V.

Kriege und allgemein Gewalt sind die größten Hindernisse auf dem Weg zu gutem Leben für alle: Wo Gewalt herrscht, treten sämtliche anderen Bemühungen, Nachhaltigkeit zu erzielen, in den Hintergrund. Frieden ist daher die Grundlage jedweder Entwicklungsmöglichkeiten. Hier setzt auch der Verein »gewaltfrei handeln« aus dem nordhessischen Diemelstadt-Wethen an, der sich zum Ziel gesetzt hat, gewaltfreie Konfliktkultur zu fördern. Er veranstaltet dazu Fort- und Ausbildungen in gewaltfreier Konfliktbearbeitung. An diesen nehmen Friedensfachkräfte sowie Trainer*innen teil, die das Erlernete als Multiplikator*innen weitergeben.

Die aus- bzw. fortgebildeten Akteur*innen sind dabei sowohl in Deutschland als auch im Ausland im Einsatz. Einige setzen sich beispielsweise für eine gewaltfreie Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus sowie für die Rechte von Geflüchteten in Deutschland ein. Andere bilden seit vielen Jahren Friedensfachkräfte für den Einsatz auf dem Balkan aus und engagieren sich dort für eine friedliche Entwicklung.

So verschieden die Einsatzorte auch sind, den Verein und seine Mitstreiter*innen eint die Überzeugung, dass es im Bereich der Konfliktkultur einen Bewusstseinswandel hin zu einer Haltung der Gewaltfreiheit braucht. Fluchtpunkt der Arbeit ist daher prinzipiell eine zivile statt eine militärische Sicherheitspolitik.

KONFLIKTPRÄVENTION

Viele Politiker*innen betonen die Priorität präventiver Konfliktbearbeitung. Tatsächlich gibt Deutschland jedoch mindestens zehnmal so viel für die Bundeswehr aus als für friedliche Konfliktprävention und -bearbeitung.

Kontakt:

www.gewaltfreihandeln.org

»Wir beteiligen uns an der Ausweitung einer gewaltfreien Konfliktkultur auf allen Ebenen menschlichen Zusammenlebens.«



Die Gruppe hinter der Ubuntu-Initiative vor den Vereinsräumen: Organisor*innen, Medienmachende, Moderator*innen und Webentwickler*innen.

FRANKFURT AM MAIN

Ubuntu Projekte

»Ziel unseres Wirkens ist, dass Geflüchtete nach ihrer traumatischen Flucht ein neues Zuhause finden und zu Träger*innen der Gesellschaft werden – mit viel Kreativität, Wertschätzung, Begegnung auf Augenhöhe und Passion!« (Ubuntu Projekte)

Unter dem Dach von Ubuntu sammeln sich mehrere Initiativen aus dem Frankfurter Raum. Zu den zahlreichen Unterprojekten zählt das »Ubuntu Newcomer Portal«: Menschen, die neu nach Deutschland und ins Rhein-Main-Gebiet kommen, sollen hier Unterstützung rund um Wohnen, Arbeiten, Bildung, Sprachenlernen und bei Behördengängen finden. Auf selber programmierten Internetportalen werden dafür potenzielle Unterstützer*innen direkt, unbürokratisch und bedarfsorientiert mit Geflüchteten zusammengebracht.

Die Akteur*innen von »Ubuntu« haben ebenfalls eine persönliche Flucht- beziehungsweise Migrationsgeschichte und engagieren sich ganz im Sinne des SDG 16 für eine inklusive Gesellschaft. Sie streben dabei an, eine gesellschaftliche Akzeptanz und Offenheit zu befördern, die es allen Menschen erlaubt, selbstbestimmt und an

den eigenen Bedürfnissen orientiert Entscheidungen zu treffen. Dies gilt auch für das Projekt »Das Recht auf Streben nach Glück«. Hier machen Künstler*innen mit irritierenden und aufrüttelnden Aktionen auf Fluchtrealitäten, Fluchthintergründe und Fluchtmotive, aber auch das Recht auf Bewegungsfreiheit aufmerksam. Ähnliches tut auch die Gruppe »Ubuntu Passion Art«: Sie erzählen Fluchtgeschichten die meist vorschnell als aktuelle Erzählung von Menschen aus dem Globalen Süden aufgefasst werden. In Wahrheit entpuppen sie sich aber als Biographieausschnitte von Menschen, die im Globalen Norden geflohen sind – so beispielsweise von Willy Brandt oder einem DDR-Grenzsoldaten.

»UBUNTU«



»Ubuntu« ist ein Begriff und gleichzeitig eine Philosophie aus dem Zulu und bedeutet in etwa: Menschlichkeit, Nächstenliebe, Gemeinschaftsinn und verweist darauf, dass man selbst Teil eines Ganzen ist.

Kontakt:

www.myubuntu.de

www.projektmoses.de

Partnerschaften zur Erreichung der Ziele

SDG 17 mit seinen 19 Unterzielen umfasst die Erhöhung der Finanzmittel für alle SDGs und die Stärkung der globalen Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung. Die Umsetzung der Agenda 2030 braucht deutlich mehr finanzielle Mittel. Für deren Beschaffung sollen die reichen Länder aufkommen, auch wenn dazu leider keine konkreten Handlungsziele formuliert wurden. Als sicher gilt, dass global nachhaltige Entwicklung nur durch die Förderung bestehender sowie den Aufbau neuer öffentlicher, öffentlich-privater und zivilgesellschaftlicher Partnerschaften realisiert werden kann. Entscheidend dabei ist, nach welchen – auch menschenrechtlichen – Kriterien diese Partnerschaften aufgebaut werden und wie die Machtgefälle innerhalb von sogenannten »Multi-Akteurs-Partnerschaften« – z.B. zwischen großen privaten Stiftungen, transnationalen Konzernen und lokalen Gemeinschaften und Akteur*innen – bearbeitet werden können.

Bis 2030 sollen unter anderen folgende Unterziele erreicht werden:

- Im Globalen Süden sollen einheimische Ressourcen stärker mobilisiert und der Aufbau von Steuersystemen unterstützt werden.
- Der Globale Norden soll seine Zusagen erfüllen, und die Bereitstellung von 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für öffentliche »Entwicklungshilfe« zusichern. Diese sollen den ökonomisch am wenigsten entwickelten Ländern zugeführt werden.
- Durch Entschuldung bzw. Umschuldung soll die Auslandsverschuldung, gerade für besonders arme Länder, reduziert werden.
- Die Globale Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung soll ausgebaut und durch Multi-Akteurs-Partnerschaften zur Mobilisierung und zum Austausch von Wissen, Fachkenntnissen, Technologie und finanziellen Ressourcen ergänzt werden.
- Die Kohärenz in und zwischen globalen Politiken soll erhöht und damit u.a. die globale makroökonomische Stabilität verbessert werden.
- Der politische Spielraum und die Führungsrolle jedes Landes soll bei der Festlegung und Umsetzung von Politiken zur Armutsbekämpfung und für nachhaltige Entwicklung respektiert werden.



Was heißt das für Hessen?

Hessen ist ein wirtschaftsstarke und international gut vernetztes Bundesland mit einem Bruttoinlandsprodukt von 279 Milliarden Euro im Jahr 2017. In Erfüllung der ODA-Quote von 0,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) dürfte Hessen also knapp 2 Mrd. Euro für die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit einsetzen. 2014 betrug die entwicklungspolitischen Leistungen des Landes insgesamt 2,4 Millionen Euro, davon entfielen 275.000 Euro auf die Förderung des zivilgesellschaftlichen Engagements.

Das Land selbst finanziert u.a. die Berufs- und Hochschulbildung von Auszubildenden und Studierenden aus dem Globalen Süden, unterhält einzelne Projekte mit Albanien oder Vietnam und fördert Nothilfeprojekte in Krisenregionen. Gleichwohl sieht sich Hessen im Hinblick auf die Entwicklungszusammenarbeit ganz klar in einer ergänzenden und finanziell unterstützenden Rolle gegenüber den zahlreichen zivilgesellschaftlichen Inlandsinitiativen und Nord-Süd-Partnerschaften aus Hessen. Diese wurden im vergangenen Jahr mit rund 350.000 Euro gefördert. Einen Beitrag zur Kohärenz der entwicklungsbezogenen Politiken könnten die unter Beteiligung verschiedener Ressorts erarbeiten »Leitlinien zur Entwicklungszusammenarbeit der Hessischen Landesregierung« leisten. Leider spiegelt sich deren Bedeutung bisher noch nicht in der hessischen Nachhaltigkeitsstrategie wider. Für SDG 17 wurde lediglich ein »Berichtsindikator« bestimmt, der ohne klare Zielvorgabe über die öffentlichen Leistungen für die Entwicklungszusammenarbeit berichten soll.

Im Sinne einer globalen Partnerschaft geht es auch um die gemeinsame Diskussion und Gestaltung von Entwicklungsprozessen. Diese findet in den vielen engagierten Nord-Süd-Partnerschaften, die häufig über viele Jahre und Hürden hinweg, ihre solidarische Zusammenarbeit aufrechterhalten, statt. Dort, wie auch in der stärkeren Wahrnehmung des entwicklungspolitischen Engagements migrantisch-diasporischer Initiativen und Akteur*innen, liegt viel Potenzial, um die Perspektiven, Erfahrungen und Erwartungen der Partner*innen aus dem Globalen Süden zu verstehen und in der Zusammenarbeit für eine global nachhaltige Entwicklung zu nutzen. Das Bemühen um Augenhöhe zwischen Partner*innen muss auf allen Ebenen stattfinden.

ODA

Die Official Development Assistance oder öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (kurz: ODA) umfasst die Bereitstellung finanzieller (FZ), technischer (TZ) und personeller Leistungen (PZ) im Rahmen der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit.

17 GUTE BEISPIELE AUS HESSEN

MARBURG

Pachamama Connexion e.V.

Die Bildungsinitiative ist ein gutes Beispiel für eine solidarische und kritische Zusammenarbeit von Menschen aus Europa mit indigenen, basisorganisierten Netzwerken in Lateinamerika.

Der Verein bietet erlebnisbezogene interkulturelle Bildung und fördert die kritische Auseinandersetzung mit den Beziehungen zwischen Globalem Norden und Globalem Süden. Pachamama Connexion will zu einem kulturübergreifenden Wandel des Verständnisses von Entwicklung und zum nachhaltigen Umgang mit natürlichen Ressourcen hier und im Globalen Süden beitragen. Um kulturübergreifende Alternativen für ein »Gutes Leben« zu entwickeln, beziehen sie sich auf das in Bolivien und Ecuador entstandene Konzept »Buen Vivir«.

Eröffnungszereemonie mit dem kolumbianischen Vertreter Anibal Bubú (Ethnie Nasa) im Rahmen des Projekts »Pachamama für das Buen Vivir« in Marburg.



2016 wurde Pachamama Connexion für sein innovatives Lernkonzept »Lernen ist Leben« ausgezeichnet, welches das indigene Konzept der Minga (gemeinschaftliche Arbeit auf solidarischer Basis) mit dem europäischen Konzept der Projektwerkstatt kombiniert. Ein anderes Projekt erarbeitete ein Hochschulbildungskonzept, welches die Entwicklung fairer und nachhaltiger Handelsstrategien in globalen Wirtschaftskreisläufen zum Inhalt hat. Dazu kooperierte der Verein mit dem kolumbianischen Bildungsnetzwerk IDEBIC (»Der große Traum der Indigenen«) und der Philipps-Universität Marburg, um global vernetzte Lehrformate auf transkontinentaler Ebene anzubieten. Dieser exemplarische Ansatz auf Augenhöhe kann als Richtschnur für nachhaltig ausgerichtete Partnerschaftskonzepte der Zukunft dienen.

SUMAK KAWSAY - BUEN VIVIR (GUTES LEBEN)

Buen Vivir bezeichnet die traditionelle Weltanschauung der indigenen Völker Südamerikas. Das antikoloniale postkapitalistische Konzept erhielt in Ecuador (2008) und Bolivien (2009) Verfassungsrang. Buen Vivir reduziert Entwicklung nicht auf wirtschaftliches Wachstum, sondern strebt nach einer sozial gerechten und ökologisch nachhaltigen Lebensweise im Einklang mit und nicht auf Kosten der Natur und anderer Menschen.

Kontakt:

www.pachamamaconnexion.org

FRANKFURT AM MAIN / GRANADA/NICARAGUA

Städtefreundschaft

Frankfurt –

Granada/Nicaragua e.V.

Hervorgegangen aus der weltweiten Solidaritätsbewegung mit der sandinistischen Befreiungsbewegung in Nicaragua, will der Verein »Hilfe zur Selbsthilfe leisten für ein Leben in Würde, Aufrichtigkeit, Selbstbestimmung und Solidarität«. Mit seinem Engagement soll die Partnerschaft zwischen den Bürger*innen beider Städte ausgebaut, verstärkt und intensiviert werden.

Seit ihrer Gründung 1991 hat die Städtepartnerschaft zwischen Granada und Frankfurt über 100 Projekte umgesetzt. Die Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen in Granada und den benachbarten Gemeinden steht im Vordergrund der Projekte, die ohne die Eigeninitiative der Partner*innen vor Ort nicht umsetzbar wären. Zu den Schwerpunkten gehören die Unterstützung des Frauenzentrums Claudia Chamorro, der städtischen Bibliothek,

Ein Graben für eine Wasserleitung entsteht.



Im Frauenzentrum »Claudia Chamorro« – Ausbildung zur Schneiderin.

der inklusiven Vorschule Coro de Angeles, die Qualifizierung der lokalen Feuerwehr sowie der Aufbau des regionalen Wasserversorgungsnetzes. Um die Partnerschaft immer wieder konkret erfahrbar zu machen, organisiert die Städtefreundschaft außerdem Bürgerreisen und Bildungsurlaube nach Nicaragua sowie Informationsveranstaltungen in Frankfurt am Main. Durch die daraus entstandenen vielfältigen Kontakte lernen die Unterstützenden aus Frankfurt sehr viel über die nicaraguanischen Lebensverhältnissen, dem Mut und der Kreativität der Partner*innen und der Kultur des Landes. »Denn Austausch ist keine Einbahnstraße«, sagt Reinhold Dallendörfer, Mitbegründer der Initiative.

Der Verein ist seit seiner Gründung Mitglied der »Koordinationsgruppe Hessischer Nicaragua-Initiativen und kommunaler Partnerschaften, HEKO«, welche ihrerseits ein Forum bei EPN Hessen ist. (siehe Kurzportrait unter »Netzwerke«).

Kontakt:

www.ffm-granada.org



Eine gute Strategie, um die eigene Arbeit zu stärken, gemeinsam neue Ideen zu entwickeln und politische Veränderungen voranzutreiben, besteht darin, sich in Netzwerken zusammenzuschließen. Vier dieser Netzwerke, die sich in Hessen für gerechteren Welthandel, internationale Solidarität zwischen sozialen Bewegungen und Kommunen sowie sozial-ökologischen Wandel einsetzen, möchten wir hier kurz vorstellen:

Transition Towns — Städte im Wandel

Unter dem Motto »Einfach. Jetzt. Machen« findet die Transition Town-Bewegung im Austausch mit ähnlichen Organisationen und Initiativen schon seit 2006 praktische Antworten auf die gegenwärtigen Krisen. Mit optimistischem Pioniergeist werden transnational vernetzt neue Wege hin zu einer zukunftsfähigen Lebensweise gesucht und ausprobiert, z.B. durch Permakultur, Verbrauchsreduktion von fossilen Energieträgern und die Stärkung der Regional- und Lokalwirtschaft oder von Gemeinschaftsprojekten. Die Transition Town-Initiativen tragen so z.B. zu SDG 11 (Inklusive und nachhaltige Städte und Gemeinden) oder auch zu SDG 12 (Nachhaltige/r Konsum und Produktion) bei. In Hessen gibt es die Initiativen u.a. in Darmstadt, Kassel, Kaufungen, Gießen, Marburg, Frankfurt, Warburg und Witzenhausen. Weitere Infos, Leitfäden und Kontakte unter: www.transition-initiativen.de



Weltläden in Hessen e.V.

In Hessen gibt es rund 80 Weltläden sowie viele weitere Aktionsgruppen, die Produkte des Fairen Handels verkaufen. Weltläden sind dabei mehr als »nur« Fachgeschäfte. Sie sind vielmehr oft über Jahrzehnte hinweg verlässliche Knotenpunkte und Anlaufstellen für Eine-Welt-Aktive vor Ort. Um öffentlich für mehr Gerechtigkeit in den Handelsbeziehungen mit den Ländern des Globalen Südens zu werben, leisten Weltläden politische Kampagnen- sowie Bildungsarbeit und bringen sich in Schulen oder auch auf der kommunalen Ebene ein. Mit ihrer Arbeit tragen sie z.B. zur Umsetzung von SDG 8 (Menschenwürdige Arbeit und nachhaltiges Wirtschaftswachstum), zu SDG 10 (Weniger Ungleichheiten), SDG 12 (Nachhaltige/r Konsum und Produktion) und nicht zuletzt SDG 17 (Partnerschaften zur Erreichung der Ziele) bei. Etliche der Weltläden in Hessen sind auch Mitglied im EPN Hessen. Weitere Infos unter: www.weltladen.de/hessen.



HEKO — Hessische Nicaragua-Initiativen und kommunale Partnerschaften

Viele der in der HEKO zusammengeschlossenen Initiativen arbeiten bereits seit über 30 Jahren solidarisch mit Projekten und Kommunen in Nicaragua zusammen. Sie engagieren sich u.a. in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Infrastruktur und Demokratieförderung und tragen so auf vielfältig Weise zur Erreichung der SDGs bei. Einige HEKO-Gruppen organisieren Freiwilligendienste nach Nicaragua, andere unterhalten Schulpartnerschaften und wiederum andere engagieren sich stärker in der entwicklungspolitischen Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit. Im HEKO-Zusammenschluss beraten sie sich gegenseitig zur Arbeit in ihren Projekten und diskutieren gemeinsam die aktuelle wirtschaftliche und politische Lage in Nicaragua. Die HEKO will sich jedoch nicht nur im fernen Nicaragua, sondern durch die kritische Begleitung der Bundes- und Landespolitik oder die Beteiligung an Kampagnen auch hier vor Ort politisch engagieren. Sie ist als Nicaragua-Forum auch innerhalb des EPN Hessen organisiert. Weitere Infos unter: www.heko-nic.de (oder über: info@epn-hessen.de).



Entwicklungspolitisches Netzwerk Hessen (EPN Hessen) e.V.

Das EPN Hessen ist nicht nur Herausgeber dieser Broschüre, sondern auch ein Landesnetzwerk, welches die Anliegen, Ideen und Kräfte von Gleichgesinnten bündelt und den Wandel hin zu mehr global nachhaltiger Entwicklung vorantreibt. Seine über 100 Mitglieder sind entwicklungspolitische Initiativen, Vereine und Nichtregierungsorganisationen, kirchliche Einrichtungen, migrantisch-diasporische Gruppen oder Weltläden. Sie sind in der Nothilfe, der Nord-Süd-Partnerschaftsarbeit, im Fairen Handel aber auch in der entwicklungspolitischen oder rassistismuskritischen Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit aktiv. Auf vielfältige Weise und gemeinsam mit Partner*innen aus den verschiedensten Ländern des Globalen Südens setzt sich EPN Hessen für eine global gerechtere und solidarische Welt ein. Austausch und Kooperation innerhalb des Netzwerks sind dabei ebenso wichtig wie Vernetzung mit anderen zivilgesellschaftlichen Akteur*innen, Bündnissen und Verbänden. Vielfalt ist sowohl Merkmal wie Stärke des Eine Welt-Netzwerks – die Breite an Themenfeldern, in denen Mitgliedsgruppen tätig und aktiv sind, umspannt das Spektrum aller 17 SDGs. Alles über EPN Hessen unter: www.epn-hessen.de.



Entwicklungspolitisches Netzwerk

Ausblick und offene Baustellen

Fast ein Jahr ist vergangen, seit wir uns mit unserem Broschüren-Projekt auf den Weg gemacht haben, um – gemeinsam mit vielen anderen – einen weiteren Schritt zu gehen und ›global vernetzt – lokal aktiv‹ die große Transformation in Richtung globale Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit in Hessen voranzutreiben.

Viele E-Mails und Telefonate waren nötig, um auch außerhalb unseres eigenen Netzwerks Initiativen und Akteur*innen aufzuspüren, die sich in dem breiten Themenspektrum der global nachhaltigen Entwicklungsziele tummeln. Denn wenn die SDGs umgesetzt werden sollen, dann braucht es eine möglichst breite Mobilisierung von unten mit vielen Initiativen und Akteur*innen, die sich selbst als Teil eines notwendigen grundlegenden Wandels verstehen und gemeinsam nach neuen Wegen suchen wollen. Deshalb wollten wir die Agenda 2030 und die SDG in breiteren Kreisen bekannt machen und als möglichen gemeinsamen Bezugsrahmen für politische Akteur*innen aus unterschiedlichen Themenfeldern näherbringen. Mit der beeindruckenden Bandbreite und der ansteckenden Begeisterung, die sich in den hier vorgestellten Initiativen zeigt, wollen wir dazu motivieren, selbst Teil des Wandels zu werden und sich dazu mit anderen zu vernetzen.

Damit aber das Handeln dieser Wandel-Pionier*innen »nicht in der Nische bleibt, sind alternative Praxen auf breit angelegte Strategien angewiesen, um an Tiefe und an Breite zu gewinnen und die politischen Rahmenbedingungen so zu beeinflussen, dass lokale Initiativen gefördert und nicht konterkariert werden«, wie Boniface Mabanza es so treffend auf den Punkt bringt.¹ Deshalb war es uns wichtig, das konkrete Handeln dieser Pionier*innen vor Ort nicht losgelöst von den Forderungen der UN Agenda aber auch den entsprechenden landespolitischen Entwicklungen und Weichenstellungen zu betrachten.

Diese breit angelegten Strategien müssen auf Landes- und Bundesebene entwickelt und international abgestimmt werden. Mit der Umsetzung der 2030-Agenda für nachhaltige Entwicklung durch die Bundesländer hat sich das Global Policy Forum befasst und festgestellt, dass die Länder zwar viel Eigeninitiative zeigen, um ihre bestehenden Strategien im Hinblick auf die SDG zu überarbeiten. Für die Umsetzung fehle jedoch eine ganzheitliche Ausrichtung bezüglich ökologischer, ökonomischer und sozialer Nachhaltigkeit. Noch dominierten die »blinden Flecken, v.a., was Wechselbeziehungen und eigene Schwerpunkte angeht«².

1 Boniface Mabanza Bambu in seinem Artikel »Mehr als bloße Nachhaltigkeitsrhetorik?« (im afrika süd-Dossier »Entwicklung«, Dezember 2017, S. 4).

2 Zitiert aus »Ländersache Nachhaltigkeit«, herausgegeben 2017 vom Global Policy Forum (Autor: U. Kerkow), S. 28.

Das Global Policy Forum kritisiert, dass die strukturellen und systemischen Ursachen für Fehlentwicklungen auf der Länderebene häufig unterbelichtet bleiben. Dies etwa im Hinblick auf die Steuerpolitik, welche z.B. über entsprechende Erbschafts- oder Grunderwerbssteuern sozial- und verteilungspolitische Spielräume eröffnen könnte. Ohne entsprechende finanz- und wirtschaftspolitische Maßnahmen z.B., ist kein radikaler Wandel denkbar. Die reine Fixierung auf Wirtschaftswachstum verschlingt nicht nur Umweltressourcen und sprengt die planetarischen Grenzen. Wachstum sickert auch keineswegs automatisch zu allen durch, sondern verschärft ohne politische Regulierung vielmehr bestehende Ungleichheiten weiter.

Aus den Reihen der befragten Initiativen kamen hier gleich mehrere alternative Vorschläge: Angefangen beim Aufbau von »International Budget Partnerships« und Bürger*innenhaushalten über die Forderung nach dem Einpreisen der durch Ausbeutung von Mensch und Natur erfolgten Schäden in die Produkte und Dienstleistungen. Das Einpreisen sozialer, ökologischer und ökonomischer Schäden entlang der Produktions- und Lieferketten ist sicherlich kein einfach umzusetzender Vorschlag. Aber er ist zielführend im Sinne der Agenda 2030, »um die Welt auf den Pfad der Nachhaltigkeit und der Widerstandsfähigkeit zu bringen«.

Erfreulicherweise stünde für diese Aufgabe reichlich zivilgesellschaftliche Expertise zur Verfügung. Andere Vorschläge ließen sich leichter realisieren. Etwa die Verankerung von Globalem Lernen und Bildung für nachhaltige Entwicklung als Querschnittsaufgabe der formalen Bildung von der Kita bis zu Ausbildung und Universität. Oder ein »Mindshift«, also ein Bewusstseinswandel in der staatlichen Förderpolitik: Um die Herausbildung transformativen Denkens und Handelns zu fördern, braucht es aus zivilgesellschaftlicher Perspektive unbedingt eine Verschiebung von der Projektförderung hin zu Strukturförderung – wie sie deshalb auch im Weltaktionsprogramm Bildung für nachhaltige Entwicklung gefordert wird. Grundlegender Wandel – mental wie strukturell – wird eher verhindert als gefördert, wenn alle Aktivitäten innerhalb kürzester Zeit vorzeigbare und messbare Erfolge nach zuvor festzulegenden Zielen vorweisen müssen. Grundlegender systemischer Wandel braucht die Bereitschaft und die Offenheit, sich auf Unvorhergesehenes einzulassen, um Menschen jenseits der gewohnten Pfade und bestehenden Kontakte zu erreichen und mit ihnen zusammen weitere Schritte zu entwickeln. Nur so lässt sich auch der Anspruch der Agenda 2030 erfüllen, auf dieser Reise niemanden zurückzu lassen und zumindest hier vor Ort gleichzeitig zu mehr sozialem Zusammenhalt und sozialem Frieden beizutragen.

Neben diesen (und vielen weiteren) innenpolitischen Baustellen gilt es aber natürlich auch, aus Hessen heraus den eigenen Beitrag für global gerechte und nachhaltige Entwicklung zu leisten und dafür Sorge zu tragen, dass bundesdeutsche staatliche wie private Akteur*innen auch außerhalb der BRD die Menschenrechte einhalten. Viele Baustellen lassen sich deutlich besser im Rahmen globaler Partnerschaften bearbeiten, weshalb uns wichtig war, auch die politische Arbeit transnational organisierter Initiativen vorzustellen und weshalb wir dafür werben wollen, auch das eigene Engagement über Grenzen hinweg auszuweiten. Global vernetzt zu sein – und zwar über den virtuellen Raum

des World Wide Web hinaus – hilft dabei, die eigenen Realitäten besser als Teil globaler Veränderungen zu verstehen. Dabei geht es nicht um »Hilfe für die Armen«, sondern um Begegnung, Zusammenarbeit und das gegenseitige Lernen von Menschen, die durch Kolonialismus und globale Weltwirtschaft in ungleichen Verhältnissen leben sowie darum, sich in diesen gemeinsam für globale Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit einzusetzen.

Es gibt viel zu sehen, zu lernen und auszuprobieren. Wir selbst sind dankbar für die vielen Anregungen und Einsichten, die wir im Laufe des vergangenen Jahres dazugewonnen haben.



**global
vernetzt
lokal
aktiv**

ZUM WEITERLESEN

Zur Einführung

- Offizielle Webseite der Vereinten Nationen mit Erklärungen, Aktionsaufrufen, News und Social Media-Links: www.un.org/sustainabledevelopment
- Gesamtbericht »Die Agenda 2030. Globale Zukunftsziele für nachhaltige Entwicklung« des Global Policy Forum zur Agenda 2030 und den SDG: www.globalpolicy.org/images/pdfs/GPFEurope/Agenda_2030_online.pdf
- Weitere empfehlenswerte SDG-Publikationen des Global Policy Forum zum freien Download: www.globalpolicy.org/veroeffentlichungen.html
- Webseite des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) mit zahlreichen Publikationen, Erklärvideos und Informationen zur Agenda 2030: www.bmz.de/de/ministerium/ziele/2030_agenda/index.html
- 2030 WATCH: Ein Projekt, das detailreich den aktuellen Stand der Umsetzung der Agenda 2030 entlang der einzelnen SDGs vergleicht und dabei zu interessanten Ergebnissen kommt: www.2030-watch.de
- Jährlicher Schattenbericht zur Umsetzung der UN-Agenda in Deutschland, herausgegeben von verschiedenen Nichtregierungsorganisationen, Kirchen und Gewerkschaften: www.2030report.de/de
- Jährlicher Bericht »Spotlight on Sustainable« der Reflection Group on the 2030 Agenda for Sustainable Development, in dem auch reflektiert wird, wie bestehende Hindernisse und Widersprüche bearbeitet werden können: www.2030spotlight.org/en

Agenda 2030 und SDGs in den Bundesländern:

- Studie »Universelle Verantwortung: Die Bedeutung der 2030-Agenda für eine nachhaltige Entwicklung der deutschen Bundesländer« des Deutschen Institut für Entwicklungspolitik (DIE): www.die-gdi.de/uploads/media/DP_12.2015.pdf
- Bericht »Ländersache Nachhaltigkeit« des Global Policy Forum zum Agenda 2030-Prozess in den Bundesländern: www.globalpolicy.org/images/pdfs/Laendersache_Nachhaltigkeit.pdf
- Broschüre »Die SDGs in Schleswig-Holstein – Nachhaltigkeit von Küste zu Küste« des Bündnis Eine Welt Schleswig Holstein (BEI): www.bei-sh.org/fileadmin/bei/Publikationen/2017_BEI-Publikation_SDGs_in_SH_WEB.pdf
- Projekt-Webseite »Weltwunder! Wandel statt Wachstum« des VEN – Verband Entwicklungspolitik Niedersachsen (VEN): www.ven-nds.de/projekte/weltwunder

Broschüre »Global vernetzt – lokal aktiv. Initiativ/en für globale Nachhaltigkeit« – kostenloser Download unter: www.epn-hessen.de/publikationen#sdg-broschuere



**global
vernetzt
lokal
aktiv**

Wir sind entschlossen, die Menschheit von der Tyrannei der Armut und der Not zu befreien und unseren Planeten zu heilen und zu schützen.

Wir sind entschlossen, die kühnen und transformativen Schritte zu unternehmen, die dringend notwendig sind, um die Welt auf den Pfad der Nachhaltigkeit und der Widerstandsfähigkeit zu bringen.

Wir versprechen, auf dieser gemeinsamen Reise, die wir heute antreten, niemanden zurückzulassen.

Auszug aus der Präambel der Agenda 2030
für nachhaltige Entwicklung
(UN-Generalversammlung, September 2015)